

Dringl. Die Zeitung erscheint täglich. Zu beziehen durch alle Buchhändler des In- und Auslandes, des in Frankreich durch G. H. Meyer in Straßburg, und bei demselben in Paris, Nr. 23, rue Notre Dame de Nazareth;

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

In England durch H. Lloyd & Co. in London, 24. Gornhill, Street, Covent-Garden. Preis für das Vierteljahr 2 Thlr.

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Uebersicht.

Deutschland. *Frankfurt a. M. Die Unterhandlungen über die Centralgewalt. — Die Spielbank in Kissingen. *Dresden. Vertrauensmänner für Stadtverordnete. Die Passpolizei. Die bevorstehenden Wahlen. Okeppig. Der Gesundheitszustand. München. Der Adressentwurf der Abgeordneten-Kammer. — Die Kammer der Reichsräthe. — Die Königin von Griechenland. Die Militärgerichte. — München. Das Programm der Linken. — Das linke Centrum. — Die Ausschüsse der Abgeordneten-Kammer. — Note über Ablehnung des Dreikönigsbundes. Nürnberg. Generalmajor v. Zeetz. Speyer. Die Spogener Zeitung. Hr. Kolb. Stuttgart. Die Capitalsteuer. Gemeinderathswahl. — Staatsrath Römer. Mannheim. Verurtheilung. Mainz. Bischof Schmid. Bamberg. Die Schwestern. *Frankfurt a. M. Der Auftrag des Dr. Harnier. — Kriegsverbrechen über einen Deferteur. — Verbrechen. *Altenburg. Die Schullehrergehalte. Die Wahl zum Staatenhaus. Braunschweig. Die Residenz des Herzogs. Oldenburg. Oberst Rostke. Hamburg. Der Pressgesetzentwurf. — Ertheile der Preußen. — Der Bürgerverein. Der Senat. Freihandelsverein. Bürgerwehr. Flensburg. Hr. v. Wamstedt und Baron Vlessen. Hredstedt. Versammlung patriotischer Geistlicher.

Preußen. Δ Berlin. Die Neubildung der Centralgewalt. — Der Hochverratsprozess gegen Fährdrich und Genossen. — Die Entschädigungsansprüche der Offiziere. — Die Verminderung des Heeres. *Königsberg. Fahndung auf Dr. Jacoby. — Die evangelische kirchliche Versammlung in Wittenberg. *Naumburg. Schluss der Affisen und Verurtheilungen. — Die freie Gemeinde in Halle.

Oesterreich. Wien. Der Kaiser. — Erzherzog Leopold. — Ehrenbezeugungen für S. M. Kadecky. — Die neue Centralgewalt. — Die Gefangenen in Ungarn. Die Artillerie der Insurgenten. Pesth. Die Familien Sichy und Görgey. Die Kossuthnoten. Die zipser Geislichkeit. — Zwei Briefe von Görgey.

Handel und Industrie.

Deutschland.

*Frankfurt a. M., 15. Sept. Die bairische und die württembergische Regierung haben, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche sich gegen die Bildung einer neuen interimistischen Centralbehörde für die deutschen Angelegenheiten jüngst wieder erhoben hatten, und um zu zeigen, wie wenig es ihnen um die Befriedigung particularistischer Gelüste zu thun sei, auf eine Betheiligung an dieser Behörde nach den bisherigen Projecten (Nr. 260) verzichtet. In Folge davon hat die österreichische Regierung das von dem Reichsverweser für diesen Fall vorgeschlagene Project sich angeeignet, nach welchem Oesterreich und Preußen je zwei Mitglieder zu einer „Reichscommission“ ernennen würden, welche, betraut mit den Befugnissen des engern Bundesrathes, gemäß der Bundesacte, unter Verantwortlichkeit gegen ihre Vollmachtgeber, die Regierungen der deutschen Einzelstaaten, die interimistische Leitung der deutschen Angelegenheiten bis zur Vereinbarung eines Definitivums übernehme. Im Falle der Stimmgleichheit in einzelnen Fällen würde ein Schiedsgericht entscheiden, welches drei Mitglieder, nämlich Baiern und Sachsen und im Turnus Hannover und Württemberg bilden sollen. Die Entscheidung dieser Angelegenheit dürfte zuverlässigen Nachrichten zufolge schon binnen acht Tagen zu erwarten sein. Preußen dürfte vielleicht nur noch gegen die Bestimmung in Betreff der Zusammensetzung des Schiedsgerichts einige Einwendungen machen, die indessen nur von secundärem Gewichte sein könnten und leicht zu beseitigen sein würden. — Nicht nur Oesterreich, sondern auch Baiern hat eine sehr energische Erklärung gegen das sogenannte Dreikönigsbündniß an die preussische Regierung gelangen lassen, und vielleicht schon heute wird eine gleiche nicht minder energische Erklärung von Seiten Württembergs gegen diesen Sonderbund in Berlin abgegeben worden sein.

— Die Frankfurter Zeitung berichtet weiter aus Berlin vom 13. Sept.: Meinen gestrigen Angaben über den Ausgang der in Wien geführten Unterhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich (Nr. 260) kann ich heute die wichtige Notiz beifügen, daß außer den Gesandten aller kleineren deutschen Staaten, so weit dieselben in Wien vertreten sind, nun auch der Bevollmächtigte Preußens, Hr. v. Bernstorff, auf vertraulichem Wege seine Zustimmung zu den österreichischen Vorschlägen in Betreff des Interims gegeben haben soll.

Frankfurt a. M., 14. Sept. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der bairische Bevollmächtigte, auf eine desfallsige Anfrage

des Reichsjustizministeriums, die Mittheilung gemacht, daß die bairische Regierung unterm 31. Aug. d. J. die Sistirung des Spiels zu Kissingen angeordnet habe. (F. J.)

*Dresden, 16. Sept. Die „sofortige“ Auflösung unsers Stadtverordnetencollegiums hat unter der hiesigen Bürgerschaft, wie man sich zu überzeugen immer mehr Gelegenheit findet, eine nicht unerhebliche Misstimmung hervorgerufen. Diese hat jedoch ihren Ursprung nicht sowohl in der Auflösung an und für sich, welche man allgemein als eine nothwendige Folge der Maireignisse ansieht, sondern vielmehr in der unerfreulichen Aussicht, daß die Vertretung der communlichen Interessen vielleicht auf fünf bis sechs Wochen suspendirt werden müsse, und in dem Umstande, daß die in der Kreisdirectorialverordnung erhobenen Anklagen gegen das gesammte Collegium erhoben worden sind, da in der That in demselben Männer von durchaus loyaler Gesinnung, und solche, die allen politischen Extravaganzen abhold sind, sich befinden. Was den ersten Punkt anlangt, so hat der Stadtrath, „um der Bürgerschaft, wie es in einer am heutigen Tage veröffentlichten Bekanntmachung heißt, die von ihm selbst gewünschte Gewähr einer geregeltten und ordnungsmäßigen Verwaltung der Angelegenheiten der Gemeinde zu leisten und selbst dem Anschein jeder etwanigen Eigenmächtigkeit und Heimlichkeit zu begegnen,“ alsbald nach der verfügten Auflösung der Stadtverordneten bei der Kreisdirection bis zum Amtsantritt eines neuen Collegiums ein Interimisticum beantragt und von dieser genehmigt erhalten, was freilich nur ein schwaches Surrogat für das Stadtverordnetencollegium sein kann und im Grunde genommen nur die Form rettet, indeß aber als ein Beweis der redlichen Absicht unsers Stadtraths immerhin dankbar anzuerkennen ist. Er wird sich aus der Mitte der Bürgerschaft ein Collegium von zwölf Vertrauensmännern beigesellen, dessen Mitglieder jedoch „weder als wirkliche Vertreter der Gemeinde anzusehen, noch der letztern gegenüber ihrer Handlungen wegen für verantwortlich zu erachten sein,“ sondern bloß eine beratende Stimme haben werden. Diesem gewissermaßen octroyirten Collegium von Vertrauensmännern werden von dem Stadtrath „auf die Dauer des Mangels eines Stadtverordnetencollegiums alle diejenigen Gegenstände, zu welchen nach Vorschrift der allgemeinen Städteordnung die Zustimmung der Stadtverordneten erforderlich ist, sowie alle keinen Aufschub duldenden Angelegenheiten zur Kenntnisaahme und gutachtlichen Aeußerung vorbehalten, der spätern Mittheilung an das neu gewählte Stadtverordnetencollegium“ vorgelegt werden. Ebenso sollen die Wahldeputationen wie die städtischen Verwaltungsdeputationen nach §. 131 und 216 der allgemeinen Städteordnung durch Hinzuziehung von Mitgliedern der Bürgerschaft vermehrt werden. Die Namen der für das Vertrauensmännercollegium ausserlorenen Bürger sind zwar noch nicht bekannt, allein voraussichtlich werden mehre Mitglieder des aufgelösten Stadtverordnetencollegiums, welchen durch mehrjährige Praxis eine genauere Kenntniß der städtischen Angelegenheiten beizumessen ist, darunter befindlich sein. — Ob schon die Eisenbahnhöfe noch fortwährend mit einem Wachtspiket des Militärs besetzt sind, so hat doch eine Erleichterung des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen und daher insofern eine Milderung unsers Belagerungszustandes stattgefunden, als seit einigen Tagen die lästige Passcontrole der ankommenden Reisenden in Wegfall gekommen ist, und man sich begnügt, dieselben bloß in Augenschein zu nehmen.

Die conservativ-liberale Partei ist für den bevorstehenden Wahlkampf nicht unthätig; bereits sind von ihr in verschiedenen Stadttheilen vertrauliche Besprechungen abgehalten worden und dürfte sie um so mehr auf Erfolg rechnen, als sie von der bei den vorigen Wahlen üblichen Detroyirung von Wahllisten absehen zu wollen und ihre Wahlcandidaten vielmehr aus den Berathungen von sich immermehr erweitern Kreisen der Wähler hervorgehen zu lassen scheint, ein Modus, welcher nicht nur den Ansichten der Mehrzahl der Wähler der hiesigen Bezirke genehm ist, sondern wol auch der Natur der Sache nach der Wahlfreiheit der Staatsbürger am besten entspricht. Das Ausschreiben der Landtagswahlen ist, wie man vernimmt, abermals verschoben worden, und aus diesem, vielleicht bloß durch äußere Hemmnisse herbeigeführten Umstande und in Berücksichtigung der kurzen Zeit, welche noch bis zu dem durch §. 116 der Verfassungsurkunde von 1831 bestimmten Zusammentritte des nächsten Landtags übrig ist, hört man Leute, welche an der Furcht vor politischen Gespenstern leiden, die Be-

fürchtung aussprechen, daß zu der verfassungsmäßig bestimmten Zeit der Landtag gar nicht zu Stande kommen werde. Ich kann diese Befürchtung allenthalben! um so weniger theilen, da der derzeitige Minister des Innern bei seinem unter so schwierigen Verhältnissen erfolgten Amtsantritt in einem unter dem 7. Mai erlassenen Circularschreiben an die Behörden des Landes unter Anderm Folgendes sagt: „Fürchtet keine Reaction, keine Verletzung der Verfassung, keine Beschränkung der Freiheit.“ Wenn aber andererseits durch gewisse Blätter die Nachricht verbreitet worden ist, daß uns ein Ministerwechsel bevorstehe, so ist dies hoffentlich in den Bereich leerer Gerüchte zu verweisen; hier wenigstens will vor der Hand davon noch nichts verlauten.

O Leipzig, 17. Sept. Der Rath unserer Stadt veröffentlicht unter dem 15. Sept. folgende weitere Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 9. d. M. (Nr. 255) bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß im Verlauf der letztverfloffenen Woche die Zahl der Cholerafälle auf hiesigem Plage sich von Tag zu Tag vermindert hat, so daß vom 8. bis 14. d. M. überhaupt nur 28 Cholerafranke hier verstorben sind. Um etwaigen Missverständnissen zu begegnen, machen wir bei dieser Bekanntmachung darauf aufmerksam, daß dieselbe die Zahl der vom 8.—14. Sept. an der Cholera Verstorbenen mit 28 zur öffentlichen Kenntniß bringt, während die Zahl der vom 8.—14. Sept. an der Cholera Verstorbenen und Beerdigten laut Begräbnisliste 48 war. Dies erläutert sich dadurch, daß unter diesen 48 Beerdigten noch 20 von den am 5.—7. Sept. an Cholera Verstorbenen sich befunden haben. Am 15. Sept. sind hier an der Cholera nur drei Todesfälle, am 16. Sept. nur einer angemeldet worden. Am 17. Sept. war bis Mittag 12 Uhr noch kein Todesfall zur Kenntniß der Behörde gekommen.

München, 14. Sept. Der in der heutigen Sitzung des betreffenden Ausschusses angenommene Adressentwurf der Kammer der Abgeordneten lautet: Ew. königl. Maj.! Zum zweiten Mal im Jahre 1849 versammelt sich um den Thron Ew. Maj. die Kammer der Abgeordneten, jene Arbeiten zu beginnen, von deren glücklicher Lösung das Vaterland Beruhigung, Wohlstand und die dauernde Begründung seiner verfassungsmäßigen Zustände erwartet. Auch wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die gewaltige Bewegung, welche seit dem Frühling des vorigen Jahres fast ganz Europa erfaßte und, wie in ganz Deutschland, so auch in Baiern dem öffentlichen Leben des Volks neuen Aufschwung verlieh, der freien Entwicklung im Innern, der Kräftigung nach außen gilt. Eben deshalb ist aber auch eine vollständige, dauernde Beruhigung der Gemüther nur dann zu erwarten, wenn dieses Ziel seinem ganzen Umfange nach erreicht wird; nur unter dieser Voraussetzung kann die zukünftige Neugestaltung des Vaterlandes Bürgschaften des Bestandes und der Dauer bieten; jeder andere Abschluß jener Bewegung würde nur ein scheinbarer sein, der nach kurzer Dauer einer neuen, nur um so heftigeren weichen würde. Wir theilen mit ganz Deutschland die zusehendere Erwartung, daß es der Weisheit, der Mäßigung der Regierungen und der Volkvertreter, der uneigennütigen Hingebung der Fürsten und Völker gelingen werde, Deutschland ohne längeren Verzug eine auf freie Volkvertretung gegründete Verfassung zu geben, welche das gemeinsame Streben nach Einigung befriedigt, die freie Entwicklung im Innern fördert, sie von hemmenden Schranken befreit und dem Bundesstaate durch die feste Einigung und Gliederung seiner Kräfte den Grad von Macht und Stärke nach außen hin verleiht, welcher Deutschland in den Stand setzen wird, jene Stellung wieder einzunehmen, wozu die hohe Bildung und die noch unversehrte Kraft seiner zahlreichen Bevölkerung und die Erinnerungen seiner ruhmvollen Geschichte es berechtigen. Wir sehen den in dieser Beziehung uns zugesagten Vorlagen mit Spannung entgegen. Nur das baldige Zustandekommen einer Verfassung, welche obigen Anforderungen entspricht, wird die Wiederkehr der fieberhaften Aufregung der Gemüther verhindern, durch welche jene Verwirrung der Begriffe von Recht und Pflicht erzeugt und leider auch in unserm Vaterlande die gesegnete Ordnung in so beklagenswerther Weise gestört wurde. Diese Ausbrüche der Leidenschaft und der Verblendung sind in die Schranken des Gesetzes und der Ordnung zurückgewiesen, und die Maßregeln der Milde gegen die Verführten und Verblendeten, welche Ew. Maj. dem edlen Drange ihres Herzens folgend denselben in Aussicht stellen, werden, je eher sie ins Leben treten, um so dankbarer begrüßt werden und wesentlich zur Beruhigung der Gemüther beitragen. Um so unbedenklicher können jetzt schon die schweren Lasten gemindert werden, welche die Aufstellung einer so bedeutenden bewaffneten Macht dem Lande im Allgemeinen sowol als den hiervon vorzugsweise betroffenen Theilen noch insbesondere auferlegt hat und noch fortwährend auferlegt. Eine Revision der Verfassung nach den von Ew. königl. Maj. verkündeten Grundlagen wird den Wünschen des Volks entsprechen und die Lücken ausfüllen, die Widersprüche heben, welche noch zwischen dem Inhalte der neuern Gesetzgebungen und so manchen Bestimmungen der ältern Verfassungsgesetze bestehen. Wir werden dieser wichtigen Arbeit sowie den übrigen Gesetzvorlagen, welche Ew. Maj. uns in Aussicht stellen, unsere angestrengteste Thätigkeit widmen. Mit Freude werden wir dazu mitwirken, die Verheißungen Ew. Maj., die Lasten des Volks durch Ordnung und Sparsamkeit im Staatshaushalte zu ermäßigen, ins Leben zu führen; haben auch die Zeitverhältnisse außerordentliche Ausgaben unvermeidlich gemacht, so geben wir uns doch gern der Hoffnung hin, daß es den vereinigten Bemühungen der Regierung und der Volkvertretung gelingen werde, den wahren Bedürfnissen des Staats, welche leider bisher größtentheils nicht die nöthige Berücksichtigung und Befriedigung fanden, zu genügen, ohne die Belastung

der Steuerpflichtigen zu erhöhen. Vereinfachung des Geschäftsganges, Abschaffung nutzloser Controllen, Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, größere Selbständigkeit der Gemeinden und vor Allem eine freisinnige Entwicklung und folgerichtige Durchführung des überall als segensreich bewährten Grundsatzes der Selbstverwaltung durch alle Stufen des Staatsorganismus werden eben so sehr zur Förderung des Bürgerfinns, zur Hebung des Wohlstandes und zur Vervollkommnung der Verwaltung als zur nachhaltigen Erleichterung der Staatslasten beitragen. Groß ist der Umfang und die Schwierigkeit unserer Aufgabe, allein dem reblischen Willen und dem vereinigten Streben Aller wird der Segen des Allmächtigen nicht mangeln, mit dessen Hülfe es gelingen wird, das schwere Werk zum glücklichen Ende zu führen. In tiefster Ehrfurcht verharret Ew. königl. Maj. treuegehoramste Kammer der Abgeordneten.

Die Kammer wird über den Adressentwurf erst am 18. Sept. in Berathung treten. Die einzelnen Kammermitglieder wie die Clubs bereiten sich für den 17. Sept. vor, wo gelegentlich der Berichterstattung über die noch nicht eingetroffenen Abgeordneten die Frage zur Sprache kommen wird, in welcher Art die Verhaftung der vier Abgeordneten von der Kammer selbst behandelt werden könne. Als letztes Mitglied in den vierten Ausschuss der II. Kammer wurde gestern noch Stadtschreiber Daxenberger mit 60 unter 109 Stimmen gewählt. In den fünften, den Beschwerdeausschuss, wurden gewählt: Stadtgerichtsdirector Dr. Mayr, Landrichter Gäßler, Actuar Kemig, Pfarrer Boos, Dr. Jäger, Bürgermeister Harhammer, Adv. Wächter, Gerichtsarzt Koller und Bürgermeister Schönfelder. Hiervon gehören drei der linken, sechs der rechten Seite an.

— Die Kammer der Reichsräthe wird morgen ihre erste öffentliche Sitzung halten und in derselben ihre Adressenadresse auf die Thronrede beraten. Es wird also zum ersten Male und wider Erwartung dieser parlamentarische Act in dieser Kammer auch bei geöffneter Tribüne vor sich gehen. — Man spricht in der Stadt von einem unblutigen Zweikampfe zwischen zwei Reichsräthen. Die Veranlassung soll in einer Aeußerung gelegen sein, welche ein von den Märztagen her bekannter fürstl. Reichsrath über einen kürzlich aus dieser Kammer ausgetretenen Collegen machte und welche von des Letztern Schwiegersohn mit einer Herausforderung beantwortet worden sei. (N. Z.)

— Die Königin von Griechenland ist heute mit ihrem Gefolge nach Berchtesgaden, zum Besuche ihrer königl. Schwiegerältern, von hier abgereist, wo sie mehre Tage verweilen wird. Von dort begibt sie sich direct über Wien und Triest, wo ein griechischer Kriegsdampfer für sie in Bereitschaft liegt, nach Athen. — Das Klostergebäude zu Niederschönfeld, Landgerichts Rain, wird nun zu einem Staatsgefängniß umgewandelt; bereits hat die Regierung von Oberbaiern zur Ausführung den Auftrag erhalten. Laut Rescript sollen für „höhere“ politische Gefangene dort 80 Arrestlocale sowie Verhörsäle, Krankenzimmer etc. eingerichtet werden. — Der schleppende Justizgang unserer Militärgerichte hat zu ernster Erwägung Veranlassung gegeben. Es ist daher zur vorläufigen Abhülfe dieses Uebelstandes ein Kriegsministerialrescript erschienen, wonach die Armees- und Corpscommandanten angewiesen werden, die Justizpflege bei den bestehenden Militärgerichten streng zu überwachen, die Verzögerung der Untersuchungen der Auditoren zu ahnden oder nach Umständen die Ahndung durch Aufbürdung der Sitz- und Abhörungskosten bei dem Generalauditoriat zu veranlassen und den Auditoren vorläufig (Krankheitsfälle ausgenommen) keinen Urlaub mehr zu bewilligen, so lange bei den Preecesabtheilungen Untersuchungen gegen Verhaftete unerledigt sind. Kleinere Straffälle haben sie sogleich abzuurtheilen. (N. Z.)

— **München, 14. Sept.** Die Linke der Abgeordneten Kammer scheint sich leider dem frankfurter Club- und Programmfieber bei unserm Landtage wieder auf nicht zu billiger Weise hingeben zu wollen. Sie hat ein Programm abgefaßt mit einer Menge von Verpflichtungen ganz wie Anfänger in der Kammerpraxis, anstatt daß sich die bei der Erfahrung repräsentativer Versammlungen zu Rathe Gehenden, wenn denn nun einmal programmatisirt werden muß, auf bestimmte Einzelzwecke für eine Diät werfen und diesen ihre ganze Kraft und Umsicht widmen würden. Allein es mangelt auch nicht an Widersprüchen in diesem Programme, das z. B. „die Ausflüsse des constituirenden Rechts der Nationalversammlung“ als grundsätzlich geltend hinstellt und „den Bundesstaat mit echter Volksvertretung“ fodert, zugleich aber für Baierns innere Zustände doch unbedingt beansprucht, was in wesentlichen Theilen Sache der Vertretung beim Bundesstaate sein müßte, wie z. B. das „unbestrittene Einnahmen- und Ausgabenverwilligungsrecht“ des Landtags im Programm, oder was geradezu den im Eingange „grundätzlich“ anerkannten constituirenden Rechte der Nationalversammlung zuwiderläuft, wie die verlangte „Zurückführung des normalmäßigen Heerstandes auf das den Kräften des Landes entsprechende Maß“, während bekanntlich die Bestimmung des dormaligen Normalen bei Aufstellung der Bundescontingente, was die erhöhte Zahl anlangt, auf frankfurter Beschlüssen beruht, die, wie gesagt, das linke Programm vorher grundsätzlich anerkannt hat. Es lautet dieses Parteiactenstück:

Die
dazulege
Grundsä
zu geben
deutschen
zum Fest
rechten,
gehen ka
führung
als der
nen des
Aufgeben
gend ersch
der Gesar
lich der
scher Ein
zukommen
tionalverf
die Ausst
änderung
in dem u
Bundesste
politische
und gänz
standes v
erstrebt d
cipis zu v
des Gesar
nen Frei
gierungs
Linken ist
die sicher
geläuterte
ismus sei
Allem die
gesicherte
rung vollst
mit allseit
schaftliche
Kreislage
Selbstbest
der Befrei
und Münd
gung aller
bedingte
Trennung
thung der
sen beide
wesentlich
tretenden
gefäunte
unverfehba
auch dem
enormen
bestimmen
gewalt un
durch solch
Belegung
materiellen
und Verfa
brauch. S
her Sicher
terliebener
alles Deste
Einnahm
Finanzperi
des Staat
Kräften d
und den
gung der
bemittelten
Salzpreise
setze über
Kreislafte
haushalte,
und Bestin
den Kräfte
Volkwehr
Art in die
Verfassung
und deren
gen Angef
wand nich
listen und
bung der
Creditan
rung des
wirkliche
den Kultur
cherung der

Die Linke der bairischen Volkskammer bezieht sich, die Anwendung darzulegen, welche sie angesichts der schwierigsten Verhältnisse ihren Grundsätzen bei Vertretung der Volkssache am gegenwärtigen Landtage zu geben entschlossen ist. Die Linke findet in dem düstern Umschwunge der deutschen sowohl als der heimatlichen Zustände eine erhöhte Aufforderung zum Festhalten an jenen ewigen Wahrheiten und unveräußerlichen Volksrechten, woraus allein eine dauernde Befriedigung der Gemüther hervorgehen kann. Sie wird dieselben wahren in voller Reinheit, deren Durchführung erstreben auf gesetzlichem Wege; ebenso entschieden dem Umsturz als der offenen oder verkappten Reaction entgegengetreten und allen Fraktionen des Hauses die Hand zur Verständigung bieten, so oft eine solche ohne Aufgeben ihrer Ueberzeugungen möglich und dem Wohle des Volks zuzugewandt erscheint. Die Linke erkennt in dem gesetzlich ausgesprochenen Willen der Gesamtheit des Volks die Quelle aller Gewalt im Staate. Bezüglich der so oft zugesagten, doch stets vorenthaltenen Wiederherstellung deutscher Einheit und Freiheit hält die Linke fest an dem der Gesamtnation zukommenden, ihr von den Regierungen selbst zuerkannten und von der Nationalversammlung bereits ausgeübten konstituierenden Rechte. Ihr sind die Ausflüsse dieses Rechts grundsätzlich geltend, so lange nicht deren Abänderung unter Zustimmung der Gesamtnation erfolgt. Auch erblickt sie in dem ungesäumten Zustandekommen eines starken, Achtung gebietenden Bundesstaats mit echter Volksvertretung das einzige Mittel, Deutschlands politische Selbstständigkeit zu retten, Handel und Gewerbe neu zu beleben und gänzlicher Nahrunglosigkeit und Verarmung des Bürger- und Bauernstandes vorzubeugen. In Hinsicht auf Entwicklung der innern Zustände erstrebt die Linke die Durchbildung des constitutionell-monarchischen Princips zu voller Wahrheit, und sie findet die Bevölkerung des engern wie des Gesamt Vaterlandes in vollem Maße reif und berechtigt zu allen jenen Freiheiten, deren andere Völker unter constitutionell-monarchischer Regierungsform zum Theil seit langer Zeit genießen. So, in den Augen der Linken ist die Mündigkeitserklärung eines zum Selbstbewußtsein gelangten Volks die sicherste Gewähr der Ruhe, der Ordnung, sittlicher Würde und jenes geläuterten Sinnes für Recht und Gesetz, worin der wahre Constitutionalismus seine eigentliche Wurzel sucht und findet. Deshalb fordert sie vor Allem die Vervollständigung der Landesvertretung durch das wiederholt zugesicherte Gesetz bezüglich der Kammer der Reichsräthe, sowie durch Gewährung vollständiger Initiative. Ferner eine wohlfeile volksthümliche Verwaltung mit allseitiger Vertretung des Volks nach seiner freien Wahl; organisch körperliche Gliederung der Gemeinden von der Ortsgemeinde bis hinauf zu der Kreisgemeinde und für sämtliche Orts-, Bezirks- und Kreisgemeinden volle Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Körperschaftsvermögens nebst der Befreiung von bürokratischer Bevormundung. Ebenso Selbstbestimmung und Mündigkeit für sämtliche Kirchengemeinden bei politischer Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen ohne Rücksicht auf Glaubensbekenntnis. Unbedingte Oeffentlichkeit in allen Zweigen des Staatslebens. Ungesäumte Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung und parlamentaire Berathung der bisher nur vorläufig zwischen der Regierung und den Ausschüssen beider Kammern verabschiedeten, die Zuständigkeit der Schwurgerichte wesentlich beschränkenden, der persönlichen Rechtssicherheit mehrfach nahe tretenden Gesetze vom 8. Aug., 1. Sept. und 10. Nov. 1848; ebenso ungesäumte Ueberantwortung der polizeilichen Strafgewalt an unabhängige, unverlegbare, also unabhängige Richter; einfache, aus dem Leben gegriffene, auch dem schlichten Bürger verständliche Gesetzbücher; Ermäßigung der enormen Gerichtsporteln und sonstigen Lasten; würdige autonome (selbstbestimmende) Stellung des Advocatenstandes mit ausgedehnter Disciplinargewalt und eben dadurch Sicherung der Rechtsuchenden gegen Bedrückung durch solche Mitglieder desselben, welche etwa der Standeshere nahe treten. Belebung des Associationsgeistes, als des mächtigsten Hebel geistigen wie materiellen Fortschritts. Freie Bewegung des Gedankens in Wort, Schrift und Versammlung mit gesetzlicher Einschreitung gegen erwiesenen Mißbrauch. Selbstständigkeit des Unterrichts in allen seinen Abstufungen mit endlicher Sicherung des standesmäßigen Auskommens der Lehrer und ihrer Hinterbliebenen; Förderung der Wissenschaft, jeder geistigen Thätigkeit und alles dessen, was zur Bereicherung des Volks dienen kann. Unbestrittenes Einnahmen- und Ausgabenverwilligungsrecht mit wesentlich abgekürzten Finanzperioden; Abschaffung der rückwärts gerichteten Fiscalität in Verwaltung des Staatsvermögens; Bemessen und Vertheilen der Abgaben nach den Kräften der Betheiligten und in einer Weise, welche der Landwirtschaft und den Gewerben nicht hemmend in den Weg trete; thunlichste Befreiung der auf den ersten Lebensbedürfnissen haltenden, gerade die Minderbemittelten vorzugsweise treffenden Auflagen, namentlich Herabsetzung der Salzpreise; Revision des Gewerbe- und Häusersteuergesetzes, sowie der Gesetze über locale, Districts- und Kreisumlagen und über Ausschreibung der Kreislasten von den Centrallasten. Durchgreifende Ersparungen im Staatshaushalte, Aufhebung des Staatsraths, jedenfalls in seiner jetzigen Form und Bestimmung; Zurückführung des normalmäßigen Heerstandes auf das den Kräften des Landes entsprechende, durch eine tüchtige Organisation der Volkswehr bedingte Maß und der zu hohen Befoldungen und Bezüge aller Art in die geeigneten Schranken; endliche Verwirklichung der in der IX. Verfassungsbeilage angezeichneten umfassenden Fürsorge für die Staatsdiener und deren Relicten, dann der Ausdehnung dieser Fürsorge auf die übrigen Angestellten des Staats, mittels einer zweckmäßigen, den Staatsaufwand nicht erhöhenden Einrichtung; hinwieder Revision der Pensionslisten und Wiederverwendung der noch leistungsfähigen Pensionaire. Hebung der Landwirtschaft und der gewerblichen Thätigkeit, einerseits durch Creditanstalten und sonstige geeignete Mittel, andererseits durch Verbesserung des Ablösungsgesetzes in seinen durchaus mangelhaften Punkten und wirkliche Ermöglichung der Ablösung, sowie durch Vorlage eines umfassenden Cultur- und Fortschrittsgesetzes. Endlich möglichste Entwicklung und Sicherung der Sparkassen, sowie sonstige Fürsorge für das materielle und sitt-

liche Wohl der arbeitenden Klasse. Beinahe über alle hier angeführten Punkte liegen feierliche Zusagen der Regierung vor. Insbesondere hat dieselbe in ihrer Erklärung vom 18. Mai d. J. und neuerlichst mittels der Thronrede eine ungesäumte durchgreifende Revision der bairischen Verfassung und hierbei mit größter Bestimmtheit die Durchführung der durch die Centralgewalt gesetzlich publicirten Grundrechte des deutschen Volks angekündigt, Bedenken nur gegen jene Bestimmungen über Freizügigkeit und Gewerbefreiheit äußernd, welche die Nationalversammlung selbst einer künftigen Reichsgesetzgebung vorbehalten hat, und rücksichtlich einiger anderer Punkte Auslegungen beifügend, über deren Einklang oder Nichteinklang mit dem Gesetze seiner Zeit die Kammerberatungen entscheiden werden. Die Linke erwartet zuversichtlich, die Erfüllung aller dieser Zusagen von der Regierung ausgehen zu sehen. Sollte ihre Erwartung unerfüllt bleiben, so wird sie die Initiative ergreifen und in dem rastlosen Dringen auf deren Durchführung ein unabwiesbares Gebot ihres Mandats erblicken.

Vorstehendem Programme sind bis jetzt durch Namensunterschrift 39 Abgeordnete beigetreten. Von den Mitgliedern der Linken des vorigen Landtags haben sich demselben nicht angeschlossen Advocat Prell aus Bamberg, Ullsch aus Bamberg und Krämer, da ihnen dasselbe nicht entschieden genug ist. Diese werden demnach zwar mit der Linken stimmen, aber dem Club nicht angehören. Das linke Centrum unter den Abgg. Kirchgeßner und Mayer von Ansbach, bis jetzt 17 Mitglieder, hielt gestern Abend eine Zusammenkunft und dürfte ebenfalls bald constituirt sein. Dasselbe soll weit zahlreicher werden, als man anfangs vermuthete. Man spricht davon, daß auch Frhr. v. Lerchenfeld, der sich von der vereinigten Rechten getrennt hat, beitreten werde; doch ist dies etwas sehr unwahrscheinlich und vielmehr anzunehmen, daß er die Bildung eines eigenen Clubs noch nicht aufgegeben hat. Das linke Centrum versammelte sich bei Lichtenauer, die Linke bei Schimon; die vereinigte Rechte befindet sich noch im Museumsgebäude.

— In Betreff der Zusammensetzung der fünf Ausschüsse der II. Kammer bemerkt der Nürnberger Correspondent: Vergleichen wir die Zusammensetzung nach Landesheilen, so ergeben sich sieben Abgeordnete aus Oberbayern, neun aus Niederbayern, neun aus Schwaben, vier aus der Oberpfalz, drei aus Oberfranken, vier aus Mittelfranken, zwei aus Unterfranken und sieben aus der Rheinpfalz. Nach Ständen und resp. Beschäftigung theilen sie sich in 18 Beamte, sechs Advocaten, fünf Geistliche der katholischen und protestantischen Confession, neun städtische Bedienstete, drei Kaufleute, einen Gutsherrn, zwei Aerzte und einen Redacteur. Ueber den Unterschied nach ihrer politischen Färbung läßt sich zur Zeit noch nichts Bestimmtes sagen; doch sind, so viel ersichtlich, von den Unterzeichnern des Programms der Linken nur zwei theilhaftig.

— Dem Frankfurter Journal wird aus München folgende Erklärung der bairischen Regierung auf eine Anfrage der preussischen Gesandtschaft, betreffend den Beitritt zum Dreikönigsbündniß, mitgetheilt: Die königl. preussische Gesandtschaft hat unterm 27. v. M. dem Unterzeichneten im Auftrag ihrer hohen Regierung den dringenden Wunsch ausgesprochen, von Seiten der königl. bairischen Regierung auf die an dieselbe ergangene Einladung zum Beitritt zu dem Bündniß vom 26. Mai d. J. und zur Annahme des jenem Bündniß beigefügten Entwurfs einer deutschen Reichsverfassung, in Folge der inzwischen über diesen Gegenstand stattgehabten Verhandlungen, baldigst mit einer schriftlichen Erklärung versehen zu werden. Schon beim Schluß der in Berlin stattgehabten Conferenzen, aus welchen das Bündniß vom 26. Mai d. J. hervorgegangen ist, hat der königl. bairische Gesandte die Zustimmung abgelehnt. Ebenso hat der Unterzeichnete in der Note, welche er am 2. Jul. d. J. unter Bezugnahme auf seine eignen in Berlin gepflogenen Verhandlungen an Se. Exc. den königl. preussischen Ministerpräsidenten Herrn Grafen v. Brandenburg gerichtet hat, ausgesprochen, daß er nicht im Falle sei, den Beitritt seiner hohen Regierung zu erklären. Seit jener Zeit hat die königl. bairische Regierung erwarten zu müssen geglaubt, ob sich eine Aussicht zur Beseitigung derjenigen Differenzpunkte eröffnen werde, welche durch die erwähnten Verhandlungen nicht gehoben waren. Diese Aussicht scheint nun allerdings durch die Art und Weise, in welcher die Verabredung vom 26. Mai d. J. von der königl. preussischen Regierung den beiden Kammern des preussischen Reichstags vorgelegt worden sind, abgeschnitten worden zu sein. Demgemäß ist der Unterzeichnete von seiner hohen Regierung ermächtigt worden, zu erklären, daß sie sich außer Stande sieht, dem Bündniß vom 26. Mai d. J. beizutreten und den jenem Bündniß beigefügten Entwurf der deutschen Reichsverfassung unverändert anzunehmen. Der Unterzeichnete ergreift mit Vergnügen auch diese Gelegenheit, die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern. München, am 8. Sept. 1849. (Geg.) v. d. Pfordten.

Nürnberg, 15. Sept. Der seiner Stelle enthobene, nun seit geraumer Zeit wegen seines Verfahrens im Mai und Juni d. J. von der Regierung zur Verantwortung gezogene frühere erste Commandant der Reichsfestung Landau, Generalmajor Wilhelm Frhr. v. Teetz, von dessen Handlungsweise in der so kritischen Periode man uns aus zuverlässiger Quelle nur Rühmliches mittheilt, wurde in Folge allerhöchster Entschliebung vom 9. Sept. mit der Normalpension seines Grades für die Dauer eines Jahres auf sein Ansuchen in Ruhestand versetzt. Wie wir hören, beabsichtigt Hr. v. Teetz sich hier niederzulassen. (N. C.)

Speyer, 14. Sept. Nach längerer Unterbrechung erschien endlich heute wieder eine Nummer der Neuen Speyerer Zeitung, in welcher Folgendes angezeigt ist: Infolge einer Verfügung des Truppenobercommandanten in der Pfalz ist das Erscheinen der Neuen Speyerer Zeitung nunmehr wieder gestattet. Indem wir dies unsern Lesern anzuzeigen haben, wir jedoch beizufügen, daß, so lange der Kriegszustand dauert, dieses Blatt sich zunächst auf Mittheilung von Thatsachen beschränken muß. Wir bedauern, eine vollkommen freie Besprechung insoweit nicht zusagen zu können, als dieser Kriegszustand sein Ende nicht erreicht haben wird. — Der Redacteur, G. F. Kolb, befindet sich noch in Untersuchungshaft. (F. Z.)

Stuttgart, 14. Sept. Das Regierungsblatt enthält von Seiten des Ministeriums des Innern die Instruction für die Besteuerung der Capitalien und Besoldungen zu Gunsten der Gemeinden und Amtskörperschaften. — Am gestrigen ersten Tage der Nachwahl in den Gemeinderath wurden ungefähr 400 Stimmzettel abgegeben, deren Mehrzahl den conservativen Vorschlägen angehören dürfte. Es hat jetzt gerade die Hälfte der Wahlberechtigten abgestimmt.

— Staatsrath Römer widerspricht in der Württembergischen Zeitung der von der Laterne, einem Hauptlügenblatte des Junkerthums, gegebenen Nachricht, daß er einen Choleraanfall gehabt habe.

Mannheim, 14. Sept. Heute erschien vor dem hiesigen Standgerichte, der Anstiftung und Theilnahme an der badischen Revolution angeklagt, Franz Raucher, praktischer Arzt zu Schwetzingen; derselbe wurde zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. (Mannh. Journ.)

Mainz, 14. Sept. Der vom hiesigen Domcapitel gewählte neue Bischof, Professor Schmid aus Gießen, hat seine Bestätigung noch nicht erhalten; man bezweifelt noch immer, daß der Papst sie erteilen wird. — Nächster Tage werden die barmherzigen Schweslern aus Fulda auch in Frielar eingeführt werden. (D. Z.)

* **Frankfurt a. M., 15. Sept.** Die in einigen Blättern enthaltene Angabe, Schöff Dr. Harnier sei vom Senate Frankfurts mit der Vollmacht nach Berlin gesendet, um einen Vertrag wegen Beitritts unsers Staats zum Dreikönigsbündniß abzuschließen, ist völlig ungenau. Dr. Harnier hat vorerst nur den Auftrag, das Terrain zu sondiren und von den Bedingungen Kenntniß zu nehmen, welche für den Anschluß Frankfurts gestellt werden dürften. Auf seinen Wunsch, eine bestimmte Erklärung darüber zu erhalten, wohin der nach dem Dreikönigsbündniß zu bildende Reichstag berufen werden solle, ist, wie verlautet, erwidert worden: es sei dies noch eine offene Frage.

Frankfurt a. M., 14. Sept. Heute ist das Kriegsgericht des frankfurter Linienbataillons zusammengetreten, um über einen diesem Bataillon angehörenden Soldaten abzuurtheilen, welcher vor dem Ausmarsche desselben von hier nach Baden entwichen, dort zu dem Heere der Aufständischen übergetreten war und nach dem Gefechte bei Hemsbach mit den Waffen in der Hand wieder ergriffen wurde. Der Angeklagte gesteht seinen Uebertritt ein, behauptet aber, im trunkenen Zustande dazu verleitet worden zu sein und den spätern Zug nur in der Hoffnung mitgemacht zu haben, sich seinem Bataillon, dessen inzwischen erfolgten Abmarsch er erfahren, wieder anschließen zu können. Da sich indeß von allen Zeugen, auf welche er sich zur Bewahrheitung dieser Behauptungen und namentlich auch der Thatsache beruft, daß er sich freiwillig als Gefangener gestellt, kein einziger hat ausfindig machen lassen, so dürfte das Gericht wahrscheinlich auf die Todesstrafe erkennen müssen. Dasselbe hat heute, weil einer der als Richter fungirenden Offiziere zum Zeugniß gegen den Angeeschuldigten aufgefordert wurde, bis zur anderweitigen Besetzung auf morgen vertagt werden müssen. (D. Z.)

— Von den am 9. Sept. auf der bornheimer Haide meuchlerisch überfallenen und mit ihren eignen Waffen übel zugerichteten beiden preussischen Soldaten (Nr. 259) ist heute einer verschieden. Von den Thätern sollen bereits mehre zur Haft gebracht sein. Gestern wurde abermals auf der bornheimer Haide durch vier Kerle, welche einen Herrn mit einer Dame am Arm überfielen, vor seinen Augen an letzterer ein schändliches Verbrechen verübt. (Die Frankfurter Zeitung ergänzt diese Mittheilung dahin, daß zwei der Thäter bereits den Händen der Gerechtigkeit überliefert wurden.) — Dieser Tage erschien das Verzeichniß der Mitglieder des frankfurter Patriotischen Vereins; dasselbe enthält 2055 Namen, darunter 28 Israeliten. (P. A. Z.)

* **Altenburg, 16. Sept.** Nachdem schon seither bei dem hiesigen Gymnasium eine Fixirung der Lehrer an Stelle ihrer seitherigen Schulgelberbezüge eingetreten, ist diese Fixirung jetzt auch auf die Lehrer an dem Lyceum in Eisenberg ausgedehnt worden. Die Vergütung geschieht nach einer Berechnung, welche auf den zehnjährigen Durchschnitt der desfallsigen Bezüge basiert ist. — In der Sitzung der Landschaft am 15. Aug. hat sich dieselbe mit einem höchsten Erlaß, betreffend die Wahl zum künftigen Staatenhause, einverstanden erklärt. Hiernach wird die Landschaft seiner Zeit jene Wahl ausnahmsweise durch schriftliche Abstimmung vornehmen, damit die Landschaft nicht lediglich um der fragli-

chen Wahl willen allernächst wieder einberufen zu werden braucht. Ferner bewilligte die Landschaft die Summe von 1000 Thlr. behufs baulicher Veränderungen derjenigen Localität, welche zur Abhaltung schwurgerichtlicher Sitzungen ausersehen worden ist, und gab ihre Zustimmung zur Vermehrung der Ablösungscommission in dem westlichen Landestheile.

Braunschweig, 13. Sept. Schon seit dem vorigen Winter hat der Herzog bekanntlich seinen Aufenthalt in Blankenburg genommen und ist regelmäßig nur ein Mal wöchentlich hierher gekommen, um den Sitzungen des Staatsministeriums beizuwohnen. Man beginnt hier nach und nach die Nachtheile mancher Art, die eine solche Verlegung der Residenz mit sich führen muß, immer lebhafter zu empfinden. Der Grund der Veränderung der Residenz soll darin liegen, daß man von mancher Seite im vergangenen Jahre sich Rücksichtslosigkeiten hätte zu Schulden kommen lassen. Da der Herzog in der vergangenen Woche zum ersten Male seit längerer Zeit einige Tage hier verweilt hat, so schöpft man daraus günstige Hoffnungen, und es soll jetzt eine Bittschrift an denselben von der Bürgerschaft ergehen, von der man sich um so mehr eine günstige Wirkung verspricht, als es dem Herzog nicht unbekannt sein kann, daß die ihm etwa mißliebigen Dinge doch nur von einem kleinern Theile der Einwohner ausgehen, von einem sehr großen und achtbaren Theile aber keineswegs gebilligt werden, wengleich diese Mißbilligung oft einen entschiedenern und kräftigern Ausdruck hätte finden können und sollen. (S. C.)

Oldenburg, 14. Sept. Unser Regierungsbevollmächtigter, der Minister Oberst Mosle, ist heute zum Abschluß des Beitritts zu dem berliner Bündniß von hier nach Berlin abgereist. (W. Z.)

Hamburg, 15. Sept. Der der erbgesessenen Bürgerschaft vom Senate vorzulegende Preßgesetzentwurf ist heute veröffentlicht worden. Der Entwurf kündigt sich in der demselben beigegebenen Motivirung als das Resultat einer Revision des Preßgesetzentwurfs der Rath- und Bürgerdeputation vom 13. März 1848 an, beruhend auf den im §. 141 der Dreikönigsoverfassung ausgesprochenen Principien, denen gemäß jeder Deutsche das Recht hat, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung zu äußern, ohne durch Censur darin beschränkt zu werden, und über Preßvergehen durch Schwurgerichte geurtheilt werden soll. Zugleich ist von allen andern vorbeugenden Maßregeln, namentlich Concessionen und Sicherheitsbestimmungen, dem §. 13 der Grundrechte gemäß Umgang genommen worden, obgleich der erwähnte §. 141 dieselben nicht ausdrücklich ausschließt. Der Entwurf zerfällt in drei Titel. Titel I. handelt von der Polizei der Presse. Alle Censur der in Hamburg oder dessen Gebiet erscheinenden Druckschriften bleibt abgeschafft; keine Druckschrift darf ohne Angabe des Druckers sowie des Ortes und Jahres des Drucks gedruckt oder ausgegeben werden; periodische Schriften und Zeitungen müssen außerdem noch den Namen eines verantwortlichen Redacteurs enthalten, von jeder Zeitung, Zeitschrift oder Flugschrift unter fünf Bogen muß innerhalb 24 Stunden nach der Ausgabe der Polizei ein Exemplar gestellt werden, endlich ist der Herausgeber einer Zeitung verpflichtet, jede entsprechende Berichtigung der in derselben enthaltenen Thatsachen sofort unentgeltlich aufzunehmen; Placate dürfen nur Gegenstände des materiellen Verkehrs betreffen. Die für Uebertretung der Vorschriften des Titel I. angeordneten Strafen variiren zwischen 15 und 100 Mark oder 24 Stunden und 4 Wochen Gefängniß.

Hamburg, 14. Sept. Einstimmig ist in dem Sechzigercollodium, das sich übrigens beieitem nicht vollzählig versammelt hatte, der vom Senate vorgelegte Preßgesetzentwurf angenommen worden, von einigen Seiten selbst mit dem hinzugefügten Wunsche, daß er wol einige Verschärfung erfahren könne. Der Senat hat jedoch in der Motivirung seines Antrags besonders darauf hingewiesen, daß er es nicht für angemessen erachte, eine übermäßige Strenge der Repressivmaßregeln gegen die Presse eintreten zu lassen. Es ist der Entwurf, welcher im vorigen Jahre, unter Mitwirkung des Dr. Asher, von der Rath- und Bürgerdeputation ausgearbeitet und genehmigt wurde. Eine Revision des Preßgesetzes soll nach zwei Jahren angenommen werden; soweit die Preßangelegenheiten zum Ressort der Polizei gehören, will man einen speciell anzustellenden Actuar damit beauftragen, was einigen Widerspruch bei den Sechzigern veranlaßte. Die Strafe betreffend sollen 24 Stunden Gefängniß der Zahlung von 6 Mark gleichgerechnet werden, eine Bestimmung, welche sich auch schon in dem frühern Entwurfe vorfand. — Unter dem hier anwesenden preussischen Militair fallen täglich bedauerliche Reibungen, selbst Thätlichkeiten vor. Noch gestern Abend gingen auf dem Neuenwall Soldaten mit gezogenem Seitengewehre gegen einander los, sie wurden von muthigen Bürgern getrennt, einige arretirt. (W. Z.)

Hamburg, 14. Sept. Der Bürgerverein, welcher bisher als der radicalste verschrien war, ist im Begriff seine Statuten zu ändern und statt der politischen die sociale Fahne aufzustecken, und zwar die sittliche Veredelung des Bürgerthums zu erstreben. Der Präsident,

Dr. G.
Berein
wenn
In Fo
zusamm
Dr. G.
die Sc
rechtsge
den, m
— Der
ler Mi
heit v
seht, di
bei der
gekomm
Stimme
zu einer
in der
gesinnte
Handels
Bürge
der Ehe
fere Bür
sind leic

Fl
waltung
der Unte
des zwei
Baron
partemen
— B
beiden I
dagegen
partemen

Br
sammlun
stedt, we
Schleswi
Zusamm
austausch
die von
ein gutes
Verhältnis
chung ver
hin verein
von. Dän
desverwal
den dänis
solte, er
von der A
ständniß
friedigend
nach find
der Landf

Δ Berl
haltenen
tralgem
keinem In
wegen des
weit es sic
handelt.
Befugnisse
mit Bestir
zum Provin
nen. Es
ihren Entf
des engern
aber sonst
stalt sich d
schen Ange
noch ein w
ein Versund
keiten, die
pathien der
aufgegeben
politischen
von je her

Dr. Gaillois, hob hervor, daß die frühern politischen Bestrebungen des Vereins durch die Constituante nun erreicht seien, und daß der Verein, wenn er ferner wirken wolle, nun einer andern Fahne folgen müsse. — In Folge der Zwistigkeiten im Senat ist eine Senatscommission zusammengetreten, bestehend aus den Senatoren Geffken, Dr. Gopler, Dr. Haller, Dr. Hartung und dem Protokollisten Dr. Schwarze, um die Schritte zu berathen, welche nun zu thun, nachdem die Verfassung rechtsgültig geworden ist; sie wird nun ohne weiteres eingeführt werden, wenn man auch einige Amendements zu stellen beabsichtigen wird. — Der Anschluß an das Dreikönigsbündniß hat das Ausscheiden vieler Mitglieder des Vorstandes des Vereins für Handelsfreiheit veranlaßt und die übrig gebliebenen in die Nothwendigkeit versetzt, die Lücken mit denen auszufüllen, welche die nächste Stimmenzahl bei der letzten Wahl gehabt hätten. So sind Manche in den Vorstand gekommen, die nur 3 bis 4 Stimmen, selbst Solche, die nur ihre eigene Stimme gehabt hatten. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, wird man zu einer neuen Wahl und zu einer neuen allgemeinen Versammlung in der Tonhalle schreiten. Die Ausgeschiedenen werden mit den Gleichgesinnten einen neuen Verein gründen, sodas Hamburg nach zweierlei Handelsfreiheit kämpfen und ringen wird. — Der Fortbestand unserer Bürgerwehr scheint gesichert zu sein, selbst Bürgermeister Bartels, der Chef des gesammten Militärs, hat sich dafür ausgesprochen; unsere Bürgerwehr hat hundert gute gegen wenige schlechte Seiten, und diese sind leicht abzuändern, wenn man ernstlich will. (C. 3.)

Flensburg, 13. Sept. Laut Bekanntmachung der Landesverwaltung ist, da der Kammerherr v. Warnstedt durch Uebernahme der Amtmannsbedienung im Amte Flensburg behindert ist, ferner als Chef des zweiten und dritten Departements zu fungiren, dem Kammerherrn Baron Karl v. Plessen die Leitung der Geschäfte der erwähnten Departements übertragen worden. (N. L.)

— Baron v. Plessen ist denn endlich hier angelangt, hat seine beiden Departements angetreten und schon einige Erlasse unterzeichnet; dagegen vernimmt man von der Thätigkeit des Chefs im ersten Departement gar nichts. (N. M.)

Bredstedt, 11. Sept. Am heutigen Tage war hier eine Versammlung sämmtlicher Geistlichen der Propsteien Husum und Bredstedt, welche die bekannte Erklärung der Geistlichkeit des Herzogthums Schleswig vom 22. Aug. mit unterzeichnet haben. Der Zweck dieser Zusammenkunft war im Allgemeinen, durch gegenseitigen Gedankenaustausch sich über die Bahn klar zu werden und zu verständigen, die von ihnen, treu der heiligen Sache des Vaterlandes und besorgt, ein gutes Gewissen zu bewahren, unter den gegenwärtigen bedrohlichen Verhältnissen einzuhalten sei. Als besonderes Resultat ihrer Besprechung verdient hervorgehoben zu werden, daß man sich einstimmig dahin vereinigt hat: wenn die Publication der Proclamation des Königs von Dänemark und jener bekannten Erlasse (die Installation der Landesverwaltung betreffend), in denen das Herzogthum Schleswig unter den dänischen Königsccepter gestellt wird, ihnen zugemuthet werden sollte, erstere entschieden zu verweigern, hinsichtlich der letztern aber von der Verwaltungscommission eine officielle Erklärung über das Verständniß jenes anstößigen Passus zu fordern, und erst, wenn diese befriedigend ausfällt, die Publication zu vollziehen. Dem Vernehmen nach findet am heutigen Tag auch eine Versammlung der Geistlichen der Landschaft Eiderstedt zu ähnlichen Zwecken statt. (N. M.)

Preußen.

Berlin, 16. Sept. Die in Ihren frankfurter Correspondenzen enthaltenen Nachrichten über die Neubildung der provisorischen Centralgewalt lassen sich von hier aus nur bestätigen. Es scheint nun keinem Zweifel unterworfen zu sein, daß Preußen und Oesterreich sich wegen des Dualismus in der Centralcommission geeinigt haben, insoweit es sich um die Vertretung Deutschlands dem Auslande gegenüber handelt. Weniger fertig möchte eine Verständigung über die innern Befugnisse der provisorischen Bundesgewalt sein. Man erwartet hier mit Bestimmtheit sehr bald die Zustimmung der übrigen Regierungen zum Provisorium; der von Baiern soll man sich bereits erfreuen können. Es ist daraus nun jedenfalls ersichtlich, daß unsere Regierung ihren Entschluß, vor allen Dingen die Constituirung und Anerkennung des engern Bundes zu bewirken, modificirt hat. Ob das Provisorium aber sonst eine Brücke zum Definitivum werden und in welcher Gestalt sich dieses einmal aus dem Chaos erheben könnte, in das die deutschen Angelegenheiten geworfen worden, das sind Fragen, welche wol noch ein wenig offen bleiben müssen. Der Entwurf vom 26. Mai war ein Versuch, der mißglückte, weil ihm zur Besiegung der Schwierigkeiten, die sich entgegenstellten, und zur Ausführung überhaupt die Sympathien der Völker fehlten. Das Project ist nun zwar noch nicht ganz aufgegeben, allein es würde ihm wol eine andere Rolle als die eines politischen Zollvereins in Deutschland nicht zufallen. Diejenigen, welche von je her dafür geschwärmt haben, meinen, es werde der engere Bund

einmal den eiteren absorbiren. Die Gegner halten wieder Conflict zwischen dem Bundesrath und der provisorischen Centralgewalt für unvermeidlich und sehen in diesem Falle insbesondere für Preußen weder Nutzen noch Ehre, wohl aber eine nach allen Seiten hin unhaltbare Stellung voraus. Wir meinen, unser Ministerium habe noch nicht sein letztes Wort gesprochen und der Tag nähere sich immer mehr und mehr, wo es einen andern Weg in der deutschen Politik einschlagen werde.

— Sowol die Verfassung als das Preßgesetz vom 30. Jun. d. J. verordnen bekanntlich, daß Verleger und Drucker einer Schrift von der Verantwortlichkeit für dieselbe frei sind, wenn der Verfasser bekannt ist und sich im Bereiche der richterlichen Gewalt befindet. Es sind bei den Gerichtsbehörden vielfache Zweifel entstanden, zu welcher Zeit sich der Verfasser im Bereiche des Richters befinden muß, um den Drucker zu excusiren, nämlich ob zur Zeit des Druckes oder zur Zeit, wo die richterliche Verfolgung eintritt. Die Billigkeit spricht wol für die erstere Alternative. Denn der Drucker kann offenbar nichts weiter thun, als dafür sorgen, daß er es jedes Mal mit einem Verfasser zu thun hat, welcher belangt werden kann, unmöglich kann der Drucker aber jeden Literaten, für welchen er etwas gedruckt hat, auch noch nach dem Drucke Monate lang bewachen und hüten, daß er nicht den preussischen Staat verläßt. Wird ein solches Verlangen an den Drucker gestellt, so muß derselbe bei jeder Druckschrift förmlich zum Censor werden. Es war wichtig, bei den abweichenden Ansichten der Gerichtsbehörden, den Ausspruch des geheimen Obergerichts in dieser Angelegenheit zu hören. Dieser ist gegenwärtig erfolgt, und zwar in dem bekannten Hochverrathsproceß wider den Buchdrucker Fährdrich und Genossen. Fährdrich war bekanntlich wegen Hochverraths unter Anklage gestellt, weil er den von dem Literaten Cohnheim verfaßten Republikanischen Katechismus gedruckt hatte. Das Criminalgericht sprach den Fährdrich frei, indem es annahm, daß es zur damaligen Zeit (zwischen dem 18. März und 5. Dec.) in Preußen keine Verfassung und also auch keinen Hochverrath gegeben habe. Auf die Appellation des Staatsanwalts erklärte das Appellationsgericht diese Ansicht des Criminalgerichts, welche damals allgemeine Sensation hervorrief, für unrichtig, nahm vielmehr den Thatbestand des Hochverraths als in dem Republikanischen Katechismus vorhanden an, erklärte Fährdrich als Drucker für den Inhalt des Katechismus für verantwortlich und verurtheilte denselben zu einer zehnjährigen Festungsstrafe. Eine gleiche Strafe wurde gegen den Candidaten Fernbach erkannt, welcher den Katechismus nach dem Drucke verkauft hatte. Gegen diese Entscheidung des Appellationsgerichts legten Fährdrich und Fernbach beim geheimen Obergerichte Revision ein und führten aus, daß der Verfasser des Katechismus, Literat Cohnheim, sich zu der Zeit, wo der Druck desselben erfolgt wäre, hier in Berlin befunden habe, und daß derselbe erst acht Tage später entflohen sei; es sei also lediglich Schuld des Staatsanwalts gewesen, daß nicht sofort gegen Cohnheim eingeschritten sei. Das geheime Obergericht hat aber gegenwärtig dahin entschieden, daß der Drucker, wenn ihm auch ein Kenntniß des Inhalts der Schrift nicht nachgewiesen sei, nicht dadurch geschützt werde, wenn der Verfasser zur Zeit des Druckes sich in Preußen befunden habe, daß vielmehr der Drucker immer zur Strafe gezogen werden müsse, wenn kein Anderer vorhanden sei, der für eine verbrecherische Schrift bestraft werden könne. Auch hat das Tribunal angenommen, daß Fährdrich schon deshalb für den Inhalt der Schrift haften müsse, weil er nach Lage der Acten den Inhalt der Schrift gekannt habe. Das Tribunal hat aber in Rücksicht auf die mildern Bestimmungen des Preßgesetzes vom 30. Jun. d. J. die Strafe Fährdrich's auf drei Jahre, die Fernbach's auf sechs Jahre Festungsarrest herabgesetzt. (B. 3.)

— Die Forderung der Rhedereien der Ostseeprovinzen an Entschädigung für die ihnen durch den dänischen Krieg erwachsenen Verluste wird schon am 17. Sept. Gegenstand der Erörterung der I. Kammer sein. Die Commission der Kammer empfiehlt die Abgabe der Angelegenheit und der auf dieselbe bezüglichen Petition der Kaufmannschaft zu Königsberg an das Ministerium für Handel und Gewerbe. — Die deutsche Partei in der II. Kammer hat Aussicht, sich um eins ihrer hervorragendsten Mitglieder, eine Notabilität des frankfurter Parlaments, zu vermehren. An die Stelle des kürzlich an der Cholera gestorbenen Abg. Zimmermann aus Hettstedt hofft man die Neuwahl auf Beseler von Greifswald zu lenken. — Die Vereidung des Heeres auf die Verfassung beschäftigt unsere Offiziere in hohem Grade. Bemerkenswerth ist die Argumentation eines hohen Offiziers, des bekannten Obersten v. Griesheim, in einer der Vereidungsfrage gewidmeten Abhandlung. Er tadelt den Grafen Arnim, daß dieser die Verheißung des Königs einen politischen Fehler nennt. Die Verheißungen, sagt Hr. v. Griesheim, waren ein Bedürfnis ihrer Zeit; das Bedürfnis der Gegenwart ist, sie nicht zu erfüllen. Interessant ist hierbei, daß Hr. v. Griesheim in derselben Abhandlung auf „die Reactionaire“ schmäht; sich selbst zählt er zu den Liberalen. (Lith. Nachr.)

* Königsberg, 14. Sept. Das Gerücht, daß Dr. Jacoby gestern Abend hier eingetroffen sei, veranlaßte die sofortige polizeiliche Befragung seiner Wohnung, um ihn gefänglich einzuziehen. Es hatten sich zu diesem Zwecke Polizeirath Schulz, einige Polizeicommissare und Gendarmen dorthin begeben, es erwies sich jedoch jenes Gerücht als falsch. Dr. Jacoby, der zwar seit acht Tagen hier erwartet wird, ist bis jetzt noch nicht zurückgekehrt. Seit etwa vierzehn Tagen bemerkt man schon ein strenges Vigiliren der Polizeibeamten auf alle von Berlin ankommenden Posten, und es dürfte wol kein Zweifel obwalten, daß diese Maßregel sich auf die sofortige Verhaftung des Dr. Jacoby bei seinem Eintreffen in Königsberg bezieht.

— In Wittenberg hat am 11. und 12. Sept. die zweite Jahresversammlung zur Gründung des deutschen evangelischen Kirchenbundes stattgefunden. An der Versammlung nahmen Geistliche und Laien, im Ganzen vielleicht an 500 Mitglieder, fast aus allen Provinzen des deutschen Vaterlandes Theil. Zur unmittelbaren Verwirklichung des hauptsächlichsten Zwecks des Vereins, nämlich der Herstellung einer Conföderation (nicht einer das Bekenntniß berührenden oder auch nur die Selbstständigkeit des Regiments der einzelnen Kirchen aufhebenden Union) der evangelischen Kirchengemeinschaften Deutschlands hatte bei der Lage der einzelnen Landeskirchen, in welchen die bestehenden Organe der Kirchenregierung zur Zeit größtentheils nicht im Stande sind, sich bei einer solchen Conföderation betheiligen zu können, etwas Erhebliches bisher nicht geschehen können, und es war auch nicht zu verkennen, daß eben so wenig für die nächste Zukunft mit Sicherheit auf die Möglichkeit, dem Ziele nahe zu kommen, gerechnet werden dürfe. Die Bedeutung und Wirksamkeit der Versammlung besteht aber nicht ausschließlich in der Pflege dieses Keims für eine spätere Zeit. Vielmehr stellt sich die Versammlung zugleich die Aufgabe, die zu conföderirenden Kirchengemeinschaften, oder richtiger: einzelne Mitglieder derselben, schon jetzt zu gemeinsamem Wirken durch Verhandlungen in ihrem Schooße über Fragen, welche das Interesse aller evangelischen Kirchen Deutschlands gleichmäßig berühren, zu vereinen und dadurch der gesammten evangelischen Kirche Deutschlands einen geringen Theil des Segens zu bringen, welchen sie von der Verwirklichung des erstrebten Kirchenbundes in ungleich sicherem Grade erwartet. In diesem Sinne hat die Versammlung einige für die Kirche besonders wichtige Fragen der gegenwärtigen Zeit behandelt, und zwar zuerst die Frage: wie hat die Kirche die Loslösung des Staats vom Christenthume zu beurtheilen und wie sich dazu zu verhalten? Als die Beziehungen, in welchen die Anerkennung der christlichen Kirche der Hauptconfession als Nationalinstitut, als öffentliche Anstalt zur Geltung kommen müsse, wurden insbesondere hervorgehoben: Die Volksschule muß eine christliche bleiben. Der Eid behält die übliche christliche Form als Regel, dabei mag indeß Jedem, auch dem Christen, freigestellt werden, sich einer allgemeinen Eidesform zu bedienen. Was die Ehe anlangt, so ist da, wo die Form der Civilehe noch nicht besteht, das Aergerniß zu vermeiden, welches gegeben wird, wenn die kirchliche Trauung der schon ohne sie vollgültigen Schließung der Ehe erst nachfolgen soll. Die Einführung einer Civilform der Eheschließung für Alle, welche eine kirchliche Trauung für sich nicht wollen, soll dadurch nicht ausgeschlossen sein. Die Acte, welche die Kirche durch ihre Diener vollzieht, gelten als öffentlich beglaubigte. Die Sonntage und Feste der christlichen Kirche werden auch nach der Ordnung des Staats gefeiert. Religiöse Feierlichkeiten, welche das Staatsleben selbst betreffen (z. B. Siegesfeier, Gottesdienst bei Eröffnung der Ständeversammlungen), werden christlich-kirchlich begangen. Die Versammlung trat dem Ref. in großer Mehrheit bei und beschloß eine Ansprache an die Evangelischen Deutschlands zu erlassen, in welcher diese Ansichten entwickelt und begründet werden und die Aufforderung ergeht, daß ein Jeder in seinem Kreise und nach dem Maße seiner Stellung dafür wirken möge, die Verwirklichung der gestellten Anforderungen in geselligem Wege herbeizuführen. Die weiteren Gegenstände der Besprechung waren: die Erhaltung der christlichen Schule, die Organisation der Gemeinde, und endlich: Zeugniß gegen die Bekenntnißlosigkeit, die die Union zum Vorwande nimmt. Man beschloß außerdem, wie im vorigen Jahre zu einem allgemeinen Bußtage, so in diesem zu einem allgemeinen Danktage für die glückliche Befreiung der Revolution anzugehen. Mit dem Danke aber sollte sich erneuerte Buße und Bittgebet im Hinblick auf die größtentheils eingetretene Entchristlichung des Staats verbinden. An diese Versammlung, welche für das folgende Jahr Stuttgart zu ihrem Versammlungsorte bestimmt hat, schließt sich nun in den nächsten Tagen der Congress für innere Mission an. (H. Z.)

* Naumburg, 15. Sept. Gestern erschienen vor den Schranken des hiesigen Assisenhofes der pensionirte Bürgermeister Hoppe aus Schleuditz und der Candidat Graf aus Wehlar. Beide waren angeklagt, den in Weisenfels während des Conflicts der Nationalversammlung mit der Krone stattgefundenen Tumult befördert zu haben. Das Verdict der Geschworenen lautete bei Beiden: Schuldig, das Erkenntniß der Richter aber bei Erstern auf ein Jahr Festung und bei

Letztern auf zwei Jahre Festung nebst Verlust der Nationalcocarde. Außerdem wurde ein junger Schauspieler für schuldig erklärt, auf den König geschimpft zu haben. Die Richter verurtheilten ihn zu vier Wochen Gefängniß. Mit diesen Verhandlungen ist die erste Sitzungsperiode des hiesigen Assisenhofes beendet. Derselbe wird aber bereits in den ersten Tagen des November d. J. wieder zusammentreten. — In Halle hat die vereinigte freie Gemeinde den Redacteur des daselbst erscheinenden „Reichsadlers“, Oberlehrer Körner, zu ihrem Præsidenten erwählt.

Österreich.

Wien, 14. Sept. Der Kaiser ist von einer kleinen Unpäßlichkeit wieder völlig hergestellt und soll, obschon das Gegentheil versichert wird, morgen die Reise nach Gili und Triest antreten. (W. Z.)

— Die Ost-Deutsche Post sagt: Wir hören mit Bestimmtheit, daß der Kaiser nicht nach Triest sich begeben wird, und die Einweihung der Gili-Lajbacher Eisenbahn ohne die Gegenwart desselben stattfinden wird. Es soll Dies heute im Ministerrathe beschloffen worden sein. Die wichtigen Beratungen über die Politik und die Organisation in Ungarn sowie über die großen Fragen der Armee erfordern die Anwesenheit des Kaisers in der Residenz auf das dringendste.

— Gestern Abend ist der Erzherzog Leopold über Warschau nach Petersburg abgegangen, um dem Kaiser über das Hinscheiden des Großfürsten Michael die Beileidsbezeugungen zu überbringen. (W. Z.)

— Die Wiener Zeitung vom 14. Sept. berichtet über den Einzug des F. M. Radeky noch: Der F. M. Graf Radeky traf gestern eine Viertelstunde vor 12 Uhr Mittag auf der Wien-Gloggnitzer Eisenbahn hier ein, wurde auf dem Bahnhofe von dem Oberstallmeister des Kaisers, Obersten v. Ritter, dem Ministerpräsidenten Fürsten v. Schwarzenberg, den Ministern des Innern und des Kriegs, dem Civil- und Militairgouverneur Frhrn. v. Welden, dem Ban F. J. M. Frhrn. v. Jellachich, der gesammten Generalität und einem Ausschusse des Gemeinderaths feierlich empfangen und von dem anwesenden Publicum mit unbeschreiblichem Jubel begrüßt. Der Einzug des Hochgefeierten glich, um ihn mit Einem Worte zu bezeichnen, einem Triumphzuge. Im Wagen, in welchem der Marschall fuhr, befanden sich der Ministerpräsident, der Kriegsminister und der F. J. M. Frhr. v. Jellachich. Ungeachtet das Ereigniß die Bewohner Wiens unvorbereitet überraschte, waren die Straßen der Vorstadt Wieden und der Stadt, durch welche der Marschall fuhr (Favoritenstraße, Kärntnerstraße, Graben, Kohlmarkt), mit Teppichen, Blumen, Büsten und Draperien festlich geziert, und trotz des eingetretenen Regenwetters, von einer ungeheuern Menschenmenge erfüllt, welche von ihrer Verehrung und ihrem Enthusiasmus die unverkennbarsten Auszeichnungen gab und den Wagen des Feldmarschalls mit Blumen und Kränzen überschüttete. Es war ein Festtag für die Wiener, dessen Erinnerung in ihrem Gedächtnisse fortleben wird. Der Feldmarschall stieg in der L. L. Hofburg ab.

— Gestern Abend fand in der Hofburg vor den Fenstern der Gemächer des F. M. Grafen Radeky zu Ehren desselben eine Serenade bei Fackelbeleuchtung statt, an welcher sich der Männergesangsverein und ein großes Musikchor betheiligte. Die Hauptstraßen der Stadt und der Vorstadt Wieden waren beleuchtet. (W. Z.)

— Die Ost-Deutsche Post sagt: Wir glauben wohl unterrichtet zu sein, wenn wir unsern Lesern melden, daß die Frage der Centralgewalt binnen wenigen Tagen ihren Abschluß erhalten wird. Die Grundlage der neuen Centralgewalt wird der frankfurter Beschluß vom 28. Jun. v. J. bilden; statt der einheitlichen Leitung sollen jedoch Österreich und Preußen gemeinsam die Excutive bilden und zwar in Form eines Comité von mehreren Personen, wobei Österreich den Vorsth führen wird. Die andern deutschen Regierungen werden wie bisher durch Bevollmächtigte bei diesem Comité oder Directorium sich vertreten lassen. Erzherzog Johann, der mit wahrer patriotischer Hingebung seine schwierige und undankbare Mission vollführte, soll gesonnen sein, von dem Augenblicke, wo die neue Centralgewalt definitiv geordnet ist, sein hohes Amt niederzulegen. Die neue Centralgewalt soll vor der Hand auf die Dauer eines halben Jahres eingesetzt werden; bis zum Ablauf desselben hofft man über die definitive Verfassung Deutschlands einig zu sein. Wir hören, daß Österreich mit der Vorlage eines deutschen Verfassungsentwurfs in der aller kürzesten Zeit hervortreten wird.

— Mehrseitigen Mittheilungen zufolge äußern die zu den ungarischen Rebellen übergegangenen Soldaten ungarischer Regimenter lebhafteste Reue über den begangenen Treubruch; sie sind voll Erbitterung über ihre Verführer und wünschen nichts sehnlicher, als ihrem alten Regiments- und Bataillonsverbände wieder einverleibt zu werden. Wir bringen als Beleg hierzu nachstehenden Auszug aus dem Bericht eines Offiziers des L. L. Kaiser Alexander-Infanterieregiments Nr. 2 an das Regimentscommando in St. Pölten, d. d. St. Miklos am 1. Sept. 1849: „In der Umgebung von Arad sind gegenwärtig Tausende von gefangenen Insurgenten in großen Lagern concentrirt. Diese Leute werden von aufgestellten Commissionen classifi-

irt un-
nem d
Bataill
Regime
das w
angehör
disten
Armeec
aus d
tori,
Bataill
gehören
nehmen
wirken.
daran t
äußerte
Regimen
sich dar
Bei der
mag sich
den, au
lehten
nicht au
so hätte
hen könn
trotz alle
erhalten
— M
gen dritt
auf den
ren wird
von meh
dem Krie
blutigen
ben herde

Des
Mitglied
gey, der
Gepel
hängig zu
senden ei
garisches
werden,
den lassen
hältlich f
Mariassy
fens gegri
in der Z
herren un
abgeführt

— Der
ge y's mit
an Klappe
Geschichte
mühdenden
hängenden
kampf erst
wickelten.
der Nation
vieler Ehre
Verhältnisse
haft und für
Maj. der J
besiegen un
machen. E
Dies voraus
rer Tage n
Regierung
zu verschließ
Gefahr hatt
nicht der ve
unheilbringe
Intervention
dert, unbedin
landes nur t
provisorische
Gewalt in
meiner besten
lichen Mitbü
stern von d
Waffen streck
von mir get
erkennend, da

eirt und dann nach ihrer Tauglichkeit assentirt oder entlassen. In einem dieser Lager befand sich, wie ich erfahren hatte, das frühere dritte Bataillon des Regiments Alexander, nebst einem großen Theile der Regimentsmusik. Nachdem ich mir die Ueberzeugung verschafft hatte, daß wirklich ein großer Theil der vor der Insurrection dem Regiment angehörigen Mannschaft, worunter gegen 70 Unteroffiziere und 23 Bandisten mit ihren Instrumenten vorhanden waren, erwirkte ich mir vom Armeecorpscommando einen Befehl, vermöge dessen ich die Mannschaft aus den Gefangenen herausheben und dem Grenadierbataillon Pasztori, welches eben nach Pesth marschirte, übergeben durfte. Dieses Bataillon hat den Auftrag erhalten, die dem Regiment Alexander angehörende Mannschaft zu präsentiren, bis Pesth in Verpflegung zu nehmen und von Pesth deren Transportirung bis St. Pölten zu bewirken. Die Mannschaft, welche wie bekannt die geringste Schuld daran trägt, daß sie unfreiwillig ihrem Eide zuwider handeln mußte, äußerte die größte Freude, als sie vernahm, daß sie wieder ihrem alten Regiment einverleibt werde. Die Zahl beträgt gegen 300, es befindet sich darunter auch ein großer Theil der ehemaligen Grenadierdivision. Bei der Eile, mit welcher die Absonderung vorgenommen werden mußte, mag sich später darunter manches minder taugliche Individuum vorfinden, auch habe ich einigen Rekruten, die das Bataillon im Laufe des letzten Jahres erhalten hatte, erlaubt, sich anzuschließen. Wenn es nicht außer den Grenzen meiner erhaltenen Erlaubniß gewesen wäre, so hätte ich noch viele solche Rekruten und andere Honveds anschließen können, dagegen wehrte sich aber selbst die alte Mannschaft, die trotz aller demoralisirenden Einflüsse einen militairischen Corpsgeist sich erhalten hat, der recht Gutes verspricht." (W. Z.)

— Man berechnet, daß die ungarischen Insurgenten im Ganzen gegen dritthalb Tausend Kanonen im Feld und den Festungen wie auf den Dampfschiffen gehabt haben. Durch die gefangenen Magyaren wird die österreichische Armee ohne Rekrutirung auf einen Stand von mehr als 600,000 M. gebracht werden. Oesterreich steht also nach dem Kriege viel mächtiger da als vor demselben, und anstatt durch den blutigen Kampf geschwächt zu sein, geht es gestärkt aus demselben hervor. (L.)

Pesth, 11. Sept. Es geht hier stark das Gerücht, daß einige Mitglieder der Familie Zichy den Plan gefaßt haben, gegen Görgey, der den Grafen Deben Zichy im October v. J. auf der Insel Csepel standrechtlich hat hinrichten lassen, einen Criminalproceß anhängig zu machen. — Nach der übereinstimmenden Aussage mehrerer Reisenden circulirt in Jazgyien und Gumanien fast nichts als ungarisches Papiergeld. Da die dortigen Verhältnisse soeben geregelt werden, so wird auch in diesem Zweig irgend ein Mittel sich anwenden lassen, um den ärgsten Mißbräuchen zu steuern. Dasselbe Verhältniß findet in der Zips statt, wo der k. k. Commissar Adam v. Mariaffy endlich zu dem terroristischen Medium des Spießruthenlaufens gegriffen haben soll. Fast die ganze protestantische Geistlichkeit in der Zips ist landesflüchtig geworden. Mehre compromittirte Pfarrerherren und Kapläne, deren man habhaft wurde, sind nach Kaschau abgeführt worden. (L.)

— Der Oesterreichische Correspondent theilt zwei Briefe Görgey's mit. Der erste ist an den russischen General Rüdiger, der zweite an Klapka gerichtet: 1. Herr General! Sie kennen gewiß die traurige Geschichte meines Vaterlandes. Ich verschone Sie demnach mit einer ermüdenden Wiederholung aller jener auf eine unheimliche Weise zusammenhängenden Begebenheiten, welche uns immer tiefer in den Verzweiflungskampf erst um unsere legitimen Freiheiten, dann um unsere Existenz verwickelten. Der bessere und, ich darf es behaupten, auch der größere Theil der Nation hat diesen Kampf nicht leichtsinnig gesucht, wohl aber mit Hilfe vieler Ehrenmänner, welche zwar nicht der Nation angehören, durch ihre Verhältnisse zu derselben jedoch mit hinein gezogen wurden, ehrlich, standhaft und siegreich bestanden. Da gebot es die Politik Europas, daß Sr. Maj. der Kaiser von Rußland mit Oesterreich sich verbinde, um uns zu besiegen und den fernern Kampf für Ungarns Verfassung unmöglich zu machen. Es geschah! Viele der echten, wahren Patrioten Ungarns hatten Dies vorausgesehen und auch warnend vorausgesagt. Die Geschichte unserer Tage wird es einst enthüllen, was die Majorität der provisorischen Regierung Ungarns dazu bewog, ihr Ohr vor jenen warnenden Stimmen zu verschließen. Diese provisorische Regierung ist nicht mehr. Die höchste Gefahr hatte sie am schwächsten gefunden. Ich, der Mann der That, aber nicht der vergeblichen, erkannte ein ferneres Blutvergießen als unnütz, als unheilbringend für Ungarn, wie ich dies bereits im Beginne der russischen Intervention erkannte; ich habe heute die provisorische Regierung aufgefodert, unbedingt abzutreten, weil ihr Fortbestehen die Zukunft des Vaterlandes nur von Tag zu Tag trüber, bedauernswerther gestalten könne. Die provisorische Regierung erkannte dies und dankte freiwillig ab, die höchste Gewalt in meine Hände niederlegend. Ich benutze diesen Umstand nach meiner besten Ueberzeugung, um Menschenblut zu schonen, um meine friedlichen Mitbürger, welche ich ferner zu vertheidigen zu schwach bin, wenigstens von dem Elende des Kriegs zu befreien, indem ich unbedingt die Waffen strecke und dadurch vielleicht den Impuls gebe, daß die Führer aller von mir getrennten Abtheilungen der ungarischen Streitmacht, gleich mir erkennend, daß dies gegenwärtig für Ungarn das Beste sei, in kurzem das

Gleiche thun. Ich vertraue hierbei auf die viel gerühmte Großmuth Sr. Maj. des Kaisers, daß er so viele meiner braven Kameraden, welche durch die Macht der Verhältnisse, als frühere österreichische Offiziere, in diesen unglücklichen Kampf gegen Oesterreich verwickelt wurden, nicht einem traurigen ungewissen Schicksal und die tief gebeugten Völker Ungarns, welche auf seine Gerechtigkeitsliebe bauen, nicht wehrlos der blinden Rachewuth ihrer Feinde preisgeben werde. Es dürfte ja vielleicht genügen, wenn ich allein als Opfer falle!

Diesen Brief adressire ich an Sie, Hr. General! weil Sie es waren, der mir zuerst Beweise jener Achtung gab, welche mein Vertrauen gewannen. Bereiten Sie sich, wenn Sie fernern unnützen Blutvergießen Einhalt thun wollen, den traurigen Act der Waffenstreckung in der kürzesten Zeit, jedoch der Art möglich zu machen, daß er nur vor den Truppen Sr. Maj. des Kaisers von Rußland statfinde, denn ich erkläre feierlich, lieber mein ganzes Corps in einer verzweifeltsten Schlacht gegen welche immer für eine Uebermacht vernichten zu lassen, als die Waffen vor österreichischen Truppen unbedingt zu strecken. Ich marschire morgen, den 12. Aug., nach Billagos, übermorgen, den 13., nach Boros Zend, den 14. nach Beel, welches ich Ihnen aus dem Grunde mittheile, damit Sie sich mit Ihrer Macht zwischen die österreichischen und meine eignen Truppen ziehen, um mich einzuschließen, und von jenen zu trennen. Sollte dieses Manoeuvre nicht gelingen, und die österreichischen Truppen mir auf dem Fuße folgen, so werde ich ihre Angriffe entschieden zurückweisen und mich gegen Großwardein ziehen, um auf diesem Wege die kais. russische Armee zu erreichen, vor welcher allein meine Truppen sich bereit erklärten, die Waffen freiwillig abzulegen. Ich erwarte Ihre geehrte Antwort in der kürzesten Zeit und schließe mit der Versicherung meiner unbegrenzten Hochachtung. Alt-Abad, am 11. Aug. 1849, 9 Uhr Abends. Arthur Görgey m. p. ungarischer General.

II. Lieber Freund Klapka! Großwardein, am 16. Aug. 1849. Seit wir uns gesehen, geschahen zwar nicht unerwartete, aber entscheidende Dinge. Die ewige Eifersucht der Regierung, die gemeine Eifersucht einiger ihrer Mitglieder hatte es glücklich dahin gebracht, wie ich dies bereits im April vorausgesagt. Als ich die Theil bei Tokay nach manchen ehrlichen Gesechten mit den Russen passirt hatte, erklärte der Landtag, daß er mich zum Obercommandanten wünsche. Kossuth ernannte heimlich Bem. Das Land glaubte, ich sei es, weil Kossuth auf den Antrag des Landtags eine jesuitische Antwort geben ließ. Diese Spitzbüberei war die Quelle alles Dessen, was später geschah. Dembinski wurde bei Szörög geschlagen, Bem bei Maros-Basarhely gesprengt. Letzterer eilte nach Temeswar, unter dessen Mauern Dembinski retirirte. Er kam während der Schlacht bei Temeswar auf dem Wahlplat an, restituirte das Gesecht auf einige Stunden, dann aber wurde er dermaßen geworfen, daß von 50,000, nach Kossuth's Berechnung, nur 6000 beisammen blieben. Das Andere ward Alles gesprengt, wie mir Befrey meldete. Mittlerweile rückte der Oesterreicher zwischen Temeswar und Arad vor. Das Kriegsministerium hatte Dembinski den Befehl ertheilt, sich, wie natürlich, auf die freundliche Festung Arad, und nicht auf die feindliche Temeswar zurückzuziehen. Dembinski aber hatte diesem Befehl entgegen gehandelt. Weshalb? kann ich nicht bestimmen; allein es sind zu viel Daten vorhanden, zu vermuthen, daß es aus Eifersucht gegen mich so geschehen ist. Die Folge von allem Diesem war, daß ich mit Dem, womit ich Komorn, nach Abschlag der bedeutenden Verluste, welche ich bei Waizen, Ressay, Görömböly, Spolica, Kesthely, Debreczin erlitt, verließ, allein dastand, von Süden durch die Oesterreicher, von Norden durch die Hauptmacht der Russen zugleich bedroht. Ich hatte zwar noch einen Rückzug von Arad über Radna nach Siebenbürgen; allein die Rücksicht für mein Vaterland, dem ich um jeden Preis den Frieden geben wollte, bewog mich, die Waffen zu strecken. Erst hatte ich die provisorische Regierung aufgefordert, einzusehen, daß sie dem Vaterlande nichts mehr helfen, dasselbe nur noch tiefer ins Unglück stürzen könne, und daher abzutreten solle. Sie that es, und legte alle Civil- und Militairgewalt in meine Hände nieder, worauf ich, da die Zeit drängte, den raschen zwar, aber dennoch wohl überlegten Entschluß faßte, vor der Armee Sr. Maj. des Kaisers von Rußland die Waffen unbedingt zu strecken. Die Tapfersten und Bravsten meiner Armee stimmten mir bei; alle Truppenabtheilungen aus der nächsten Umgebung Arads schlossen sich mir freiwillig an. Die Festung Arad unter Damjanich hat erklärt, ein Gleiches thun zu wollen. Bis jetzt werden wir so behandelt, wie es der brave Soldat vom braven Soldaten erwarten mußte. Erwäge, was Du thun kannst und thun sollst. (Gsz.) Arthur Görgey.

(Fortsetzung der politischen Nachrichten in der Beilage.)

Handel und Industrie.

Frankfurter Börse, 15. Sept. Destr. Blact. 1352; 500 Fl. 2. 152 $\frac{1}{2}$; 250 Fl. 2. 105 $\frac{1}{4}$; Bair. 3 $\frac{1}{2}$ pc. 84; Bad. 50 Fl. 2. 54; Darmst. 50 Fl. 2. 73 $\frac{3}{4}$; 25 Fl. 2. 26 $\frac{1}{4}$; Nass. 25 Fl. 2. 24 $\frac{3}{4}$; Sard. 33 $\frac{3}{4}$; Kurhess. 33 $\frac{1}{8}$. Disc. 1 $\frac{3}{8}$ pc. Launueb. 303; Nordb. 49 $\frac{1}{2}$; Verb. 82 $\frac{3}{4}$; Pudw. Kan. 45.

Londoner Börse, 13. Sept. 3pc. Cons. 92 $\frac{1}{4}$; Span. act. 17 $\frac{7}{8}$; 3pc. 34 $\frac{3}{8}$; 2 $\frac{1}{2}$ pc. Holl. Int. 54 $\frac{1}{8}$; 4pc. 84 $\frac{1}{2}$.

Pariser Börse, 14. Sept. 5pc. 88. 35; 3pc. 55. 95; Blact. 2335; Span. 3pc. 34 $\frac{3}{8}$; 3pc. int. 27 $\frac{3}{8}$; Nordb. 440.

Wiener Börse, 14. Sept. Blact. 1230; Met. 5pc. 98 $\frac{1}{16}$; 4pc. 84; 2 $\frac{1}{2}$ pc. 51; 500 Fl. 2. 166; 250 Fl. 2. 114 $\frac{1}{2}$; Nordb. 113 $\frac{1}{2}$; Glogg. 113; Rail. 82 $\frac{1}{2}$; Pesth. 81.

Verantwortliche Redaction: Dr. K. Kaiser.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

A n k ü n d i g u n g e n.

Agrippina,

See-, Fluss- und Land-Transport-Versicherungs-Gesellschaft.
Grund-Capital: Eine Million Thaler.

Die Gesellschaft versichert Güter auf dem Transport gegen alle Elementarschäden in besonderer Berücksichtigung des Eisenbahn-Transportes zu billigen Prämien.

General-Agentur Leipzig.

[2585-92]

Julius Meissner,

Comptoir: Große Feuerkugel, Universitäts-Strasse Nr. 4.

COLONIA.

[2546-48]

Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Köln,

Grund-Capital: Drei Millionen Thaler,

versichert auch für die Dauer der Messen gegen verhältnismäßig billige und feste Prämien.

Leipzig, Michaelis-Messe 1849.

Der General-Agent der Colonia für Sachsen,
Julius Meissner.

Müller & Petsch aus Berlin,

während der Messe **Nikolai-Strasse, Stadt Hamburg,**

empfehlen ihr reich assortirtes Lager der neuesten **Lapisserie-Stickerien, Häckelarbeiten, Stick- und Häckelmuster, Canvas, Cartonagen** &c. &c.

[2597]

Zum Export.

Engros-Lager

von

englischen gedruckten **Mousseline de laine,** französischen neuen wollenen **Stoffen zu Herbst- und Winter-Kleidern,** französischen **Flanellen** und **Lama's zu Mantelets** etc. etc.

Französische Nouveautés aller Art.

J. H. Meyer,

Leipzig, Rathhaus, Auerbach's-Hof gegenüber.

[2553-55]

Moritz Goldschmidt Sohn,

Bijouterie-Fabrikant aus Frankfurt a. M.,

Reichsstraße Nr. 33 im Dammhirsch.

[2556-77]

Montag den 24. Sept. a. c.

beginnt die Ziehung der fünften und Hauptklasse unserer 36sten R. Sächs. Landes-Lotterie. Auswärtige Aufträge auf $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{3}$ und $\frac{1}{6}$ Loos (à 41 Thlr. pro Loos) werde ich gegen franco Einsendung des Betrags **prompt** ausführen. Ende der Ziehung am 5. October a. c.

[2441-48]

C. F. Bühring in Leipzig, Thomaskirchhof Nr. 13.

Gasthofs-Empfehlung.
Vorwerks-Hotel, Geeren Nr. 26 in Bremen.

Der Unterzeichnete empfiehlt seinen obigen neu eingerichteten Gasthof allen resp. Reisenden unter Zusage reeller und **billiger** Bedienung bestens.

Dieser Gasthof, ganz in der Nähe des Landungsplatzes der Dampfboote, nach Bremerhaven gehend, gelegen, wird besonders den geehrten Reisenden nach überseeischen Plätzen empfohlen, denen eine freundliche Aufnahme zugesichert wird.

Auch erklärt sich Unterzeichneter gern bereit, das Gepäck der ihn besuchenden Reisenden, was selbe vorher nach hier an ihn zu senden wünschen, in Empfang und sichere Verwahrung zu nehmen, um es bei Ankunft ohne weitere Vergütung auszuliefern.

[2156-63]

Georg Kauffeld.

Mit **Kaufloosen** zur 5. und Hauptklasse der 36. Königl. Sächs. L. Lotterie, deren Ziehung den 24. Sept. d. J. beginnt, empfiehlt sich mit $\frac{1}{4}$ à 41 Thlr., $\frac{1}{2}$ à 20 $\frac{1}{2}$ Thlr., $\frac{1}{3}$ à 10 $\frac{1}{2}$ Thlr. und $\frac{1}{6}$ Loosen à 5 Thlr. 5 Ngr. die concessionierte Collection von

[2426-59]

Carl Ferd. Plöb,

Brühl, Letzmandhalle Nr. 3 u. 4 in Leipzig.

Das Lager von [2450-51]

echtem chinesischem Thee

Leipzig bei **Friedrich Fleischer**

Grümmstraße 27, Ecke der Nikolaistraße empfiehlt sich mit nachstehenden, in Stanooldosen zu 1 Pfund verpackten Theesorten.

Caravanes 60 Ngr. ff. Peckoe 50 Ngr. Souchong 30 Ngr. ff. Hyson 40 Ngr. Gunpowder 40 Ngr.

Local-Veränderung.

Das Lager **halbwollener Mantelstoffe** und **Shawls** eigener Fabrik, von

J. Lühdorff & Co.

aus **Elberfeld**, befindet sich von nun an

Brühl Nr. 84/321,

Gewölbe im Hause des Herrn **C. G. Ottens** (dem frühern Local gegenüber).

[2522-27]

Eine **Erzieherin**, die in der englischen und französischen Sprache, im Zeichnen, in den gewöhnlichen Schulwissenschaften und in feinen weiblichen Arbeiten Unterricht erteilt, auch einiges Vermögen besitzt, wünscht in eine schon bestehende Erziehungsanstalt als mitwirkende Theilnehmerin einzutreten. Anerbietungen bittet man unter den Buchstaben **H. S.** poste restante Leipzig einzusenden.

[2496-97]

Agenten

werden für ein in allen Gegenden Deutschlands gangbares und mit bedeutendem Nutzen verbundenes Geschäft gesucht. Frankerte Offerten beliebe man an **J. Schottensfels jun.** in Frankfurt a. M. zu richten.

[2498-500]

Anzeige.

Hierdurch beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß durch den Tod meines geliebten Mannes **Ernst Winkler**, der von demselben betriebene

Gasthof zur grünen Tanne

an mich übergegangen ist und unverändert wie früher von mir fortgeführt wird.

Indem ich diese Anzeige den Geschäftsfreunden und Bekannten des Verstorbenen widme, empfehle ich mich denselben, wie einem geehrten reisenden Publicum, mit der Versicherung, daß ich Alles ausbieten werde, das mir zu Theil werdende Vertrauen durch beste und billigste Bedienung jederzeit zu rechtfertigen.

Zwickau, den 16. September 1849.

[2594]

Henriette verm. **Winkler.**

Soeben ist erschienen:

Weise, Chr. S., Einleitende Worte zur Säcularfeier der Geburt Goethe's. In der akademischen Aula zu Leipzig gesprochen. Gr. 8. Geh. 2 Ngr.

[2593]

Dyl'sche Buchhandlung in Leipzig.

(Mit einer Beilage.)

Beil.

Oesterreich
 Siebenbü
 penmährsch
 bosnisch
 slawisch
 Pozornik
Schweiz.
 Neapel.

Italien.

Ministeriu

Frankreich

fassung.

Staatsger

seits und

Großbrita

Rußland

Türkei.

Ronische

Handel u

Pesth,

libers von

M. starke

Temeswar

lera ihre

Karolyi's

der Insurge

Hast ist.

heit in Ra

tribution

mung der

was die

aus den

aus?

Sämtliche

wo das

Die österr

und Liebler

Schütt; die

Grabbe

betheiligen

ben bereits

gen in Bewe

gerung eine

weil es wahr

tismus, der

nicht sehr

schonen

einigen Jahr

Commando

dasselbe

quartier

ist

Waag, soll

Czerno

russischen

wird blo

Herman

Graf der

men hier

Theil we

pen werden

haben die

selben

wird

abermals

Ko

fen Markt

träglich

von d

magyarischen

Kronst

divenden

Besuch

hier a

ist sehr

lebhaft

Don de

kannt,

daß

communitäten

Uebersicht.

Oesterreich. Die Cernirung von Komorn. Czernowitz. Die Russen in Siebenbürgen. Hermannstadt und Kronstadt. Hr. v. Salmer. Truppenmärsche. Kossuthnoten. Die Gemahlin von Omer-Pascha. Von der bosnischen Grenze. Die Militairgrenze. — Entlassung der kroatisch-slawischen Landesbataillons. — Tagesbefehl an die Südmaree. — Der Pöjornik. Die serbischen Vertrauensmänner. — F. J. M. Rukowina.

Schweiz. Bern. Die Führer des badischen Aufstandes. — Werbung für Neapel. Basel. G. Metternich.

Italien. Genua. Die Flüchtlinge. Garibaldi. * Rom. Das päpstliche Ministerium. Der Papst. Das Presbiterium. Die Bürgerwehr.

Frankreich. Das Schreiben des Präsidenten über Rom und die Verfassung. General Randon. Expedition gegen Marokko. Die Bank. Der Staatsgerichtshof und der Staatsproceß in Versailles. Die Generalconferenzen und die Verfassungsrevision.

Großbritannien. Der Aufstand auf Kephallonia. Neapolitanische Anleihe.

Rußland und Polen. Auszeichnung für General Lüders.

Türkei. Der Aufstand in Bosnien. Synode in Jerusalem.

Römische Inseln. Der Aufstand auf Kephallonia.

Handel und Industrie.

Oesterreich.

Pesth, 10. Sept. Morgen marschirt eine Batterie schweren Kanonen von hier nach Komorn ab. Großwardein erhält eine 4000 M. starke österreichische Besatzung. Dort, besonders aber in Urad, Temeswar und mehreren Orten des Banats, fohdern Typhus und Cholera ihre Opfer. In Komorn weilt auch die Gemahlin Graf Georg Karolyi's, der eben durch ihr Benehmen während der Anwesenheit der Insurgenten in Pesth-Ofen am meisten compromittirt und noch in Haft ist. Die 93,000 Fl., welche Klapka bei seiner letzten Anwesenheit in Raab dem Magistrat weggenommen, weil die geforderte Contribution von 300,000 Fl. bei der den Insurgenten ungünstigen Stimmung der raaber Bevölkerung nicht aufgebracht werden konnte, dürfte, was die namhafte Summe der Waisen- und Depositengelder betrifft, aus den confiscirten Gütern der Insurgenten ersetzt werden. (Wbd.)

— Aus **Presburg** schreibt man der Presse unterm 12. Sept.: Sämmtliche Truppen aus der Waagegend ziehen gegen Komorn, wo das Cernirungscorps bis auf 80,000 M. verstärkt werden soll. Die österreichischen Brigaden Barco, Palt, Teuchert, Lederer, Chizzolla und Liebler stehen bereits im vordersten Treffen, erstere zwei auf der Schütt; die Reservisten ziehen sich nach und nach zusammen. General Grabbe mit beiläufig 18,000 M. wird sich an der Belagerung Komorns betheiligen und das linke Waagufer besetzen. Die Feindseligkeiten haben bereits insofern begonnen, als sich die Truppen in allen Richtungen in Bewegung setzten; doch scheint es, daß der regelmäßigen Belagerung eine vollständige mehrwöchentliche Cernirung vorausgehen werde, weil es wahrscheinlich ist, daß die Insurgenten, wenn sich der Fanatismus, der sie jetzt beherrscht, abgekühlt haben wird, die Unterwerfung nicht sehr lange mehr verweigern werden, wodurch freilich viele Menschenleben und die mit einem Aufwande mehrerer Millionen erst vor einigen Jahren neu erbauten Festungswerke geschont würden. Das Commando des Cernirungscorps führt noch General Nugent, doch soll dasselbe F. J. M. Baron Haynau persönlich übernehmen. Das Hauptquartier ist in Ucs, jenes des General Grabbe war in Kava an der Waag, soll aber bereits nach St.-Peter verlegt worden sein.

Czernowitz, 4. Sept. Sichern Nachrichten zufolge sollen die russischen Hülfstruppen aus Siebenbürgen hier eintreffen. Es wird bloß in Bistritz ein Regiment als Besatzung zurückbleiben. (Buc.)

Hermannstadt, 31. Aug. Gestern ist Hr. Franz v. Salmer, Graf der sächsischen Nation, allhier angelangt. — Fast alle Tage kommen hier Truppen und Gefangene an. Die erstern marschiren zum Theil weiter. Die hier garnisonirenden und lagernden russischen Truppen werden heute zu einer feierlichen Parade ausrücken. — In Dobra haben die Walachen fünf Ungarn erschlagen. Die Entwaffnung derselben wird wol ehestens vorgenommen werden müssen. — Heute sind abermals Kossuthnoten im Betrage von 110,073 Fl. auf dem großen Marktplatz verbrannt worden. Dieselben waren theils nachträglich von den Stadt- und Stuhlsbewohnern abgeliefert, theils den magyarischen Gefangenen abgefordert worden. (S. B.)

Kronstadt, 3. Sept. Die Gemahlin des türkischen commandirenden Generals der Walachei, Omer-Pascha, ist vorgestern auf Besuch hier angekommen. Der Verkehr zwischen hier und der Walachei ist sehr lebhaft, und es herrscht zwischen Russen, Türken, Walachen und Oesterreichern die beste Harmonie. (Kr. Z.)

Von der bosnischen Grenze, 3. Sept. Es ist bereits bekannt, daß der Ban in allen Grenzregimentsbezirken und Militaircommunitäten Commissionen hat zusammentreten lassen, die über die

Constituierung der Militairgrenze Vorschläge zu erstatten haben. Die einzelnen Elaborate müssen bereits eingelaufen sein. Der Ban wird nun seine Vertrauensmänner einberufen und mit oder ohne Rücksicht auf die Elaborate unter seiner eignen Leitung einen Constitutionsentwurf zusammenstellen lassen, dem zweifelsohne die allerhöchste Sanction nicht versagt werden wird. (Südl. Z.)

— Die Agramer Zeitung vom 11. Sept. bringt einen Generalbefehl des F. J. M. Coronini, worin gesagt ist, daß der Ban, sorgsam bedacht für das Wohl dieses ihm so theuren Landes, bei nun zu Ende geführtem Kriegszustande in Ungarn, nicht länger die so bereitwillig in den verhängnißvollen Zeiten der Noth und Gefahr zur Vertheidigung des Vaterlandes aufgebotenen Kräfte den Familien und dem Landbaue entziehen wolle. Derselbe säume daher nicht zu verfügen, daß alle croatisch-slawonischen Landes-Bataillons: als die fünf croatischen, die beiden pozejaner, das karolysche serezjaner Bataillon, sowie die topolyer Serezjanerabtheilung unverweilt aufgelöst und sämmtlich ihren früheren Verhältnissen zugeführt werden mögen.

— Der F. J. M. Ban Jellachich hat vor seiner Abreise von Ugram nachstehenden Tagesbefehl an die Südmaree erlassen: Ein Jahr ist vorübergegangen, seit ich das Banner erhob, um an der Spitze der treuen Grenzpöcker der Empörung die Stirn zu bieten, einen Damm entgegenzustellen der hereinbrechenden Anarchie. Und es war ein Jahr wie Oesterreichs Geschichte kein zweites gekannt und nimmer kennen möge, ein Jahr voll heißer, blutiger Kämpfe, reich an Mühen und Entbehrungen! In dürftiger Kleidung, spärlich ausgerüstet, sochtet ihr in der eisigen Kälte des Winters mit eben so treuer Hingebung wie in der Glut des Sommers auf verheerten, ausgedorrten Ebenen. Kämpfend mit den mächtigen Einflüssen ungewohnter Klimate habt ihr nicht allein dem Schwerte des Feindes, ihr habt weit mehr Opfer den Fiebern und ansteckenden Krankheiten erliegen sehen! Gar viele unserer Brüder ruhen in fremder Erde; sie alle deckt ein ehrendes Grab, denn alle starben sie für das große, gemeinsame Vaterland! Ihr aber, die ihr nun heimkehrt vom langen mühevollen Zuge, nehmt meinen, nehmt des Vaterlandes Dank, als dessen treueste Söhne ihr euch bewährt. Mit dem vollen Bewußtsein erfüllter Pflicht kehren eure gelichteten Reihen zur Heimat zurück. Trauert um die Fehlenden, aber bedauert sie nicht, denn groß war das Ziel, nach dem wir strebten; es galt den sinkenden Thron zu stützen und aus den Gräueln wilden Bürgerkriegs das Vaterland zu erretten, ein schönes, ein herrliches Vaterland! Ihr habt mit schwerem Preis gezahlt, doch nun blickt mit Stolz empor zu jenen Fahnen, die euch vorangeleuchtet in der Nacht blutiger Kämpfe! Ihre siegreichen Reichen verkünden uns Allen das goldene Wort, daß es wieder ein großes, ein mächtiges Oesterreich gebe, weil ihr auch in der Stunde banger Zweifel Das waret, was ihr von je gewesen, tapfer und treu!

— Die Agramer Zeitung meldet aus **Semlin** vom 6. Sept.: Die zurückgebliebenen Mitglieder des Centralcomité haben den Beschluß gefaßt, den «Pöjornik» eingehen zu lassen, und zwar aus doppeltem Grunde: fürs erste weil er ihnen unpopulair scheint, und dann weil er seines geringfügigen Inhalts halber kaum 600 Abonnenten zählt und zur Bestreitung der Druck- und sonstigen Kosten 5000 Fl. C.-M. aus der Nationalkasse vorgestreckt werden müssen; das Centralcomité hat ferner beschlossen, die serbischen Abgeordneten Zivanovich und Paslovich von Wien zurückzuberufen, da man kein Vertrauen zu ihnen hegt. Diese Beschlüsse dürften, da sie in keiner Plenarsitzung gefaßt worden sind, nicht in Vollzug gesetzt werden.

— Der heldenmüthige Vertheidiger der Festung **Temeswar**, F. J. M. Baron Rukowina, ist, wie uns aus zuverlässiger Quelle bekannt wurde, als Opfer der Cholera gefallen. (Wbd.)

Schweiz.

Bern, 13. Sept. Nachdem die französische Regierung sich endlich bereit erklärt hat, den Führern des badischen Aufstandes ic. freien Durchpaß durch Frankreich zu gestatten, hat der Bundesrath an die betreffenden Cantone ein Circular erlassen, zufolge dem die Flüchtlingsschiffe ic. binnen drei Tagen den Schweizerboden zu verlassen haben. Auch sollen die in Genf sich aufhaltenden französischen Flüchtlinge in das Innere der Schweiz gewiesen werden. — Wie Privatbriefe melden, kommen zahlreiche Rekrutentransporte trotz des Werbungsverbots in Neapel an. Die Errichtung eines Werbebureau in Como soll Radeky nicht gestattet haben; dagegen soll von ihm die Stadt Feldkirch in Vorarlberg vorgeschlagen und dort nun auch definitiv das Werbebureau etablirt worden sein. (D. Z.)

— Die Berner Zeitung bemerkt zu dem oben erwähnten Beschlusse des Bundesraths in Betreff der Flüchtlinge: Der Beschluß ist und bleibt eine Verletzung des Asyls im Princip. Die Ehre und Würde der Schweiz sind in hohem Grade durch denselben compromittirt.

Basel, 12. Sept. Gestern reiste Germain Metternich hier durch nach einem französischen Seehafen, von wo er sich nach Amerika begeben will. (P. U. Z.)

Italien.

Genua, 8. Sept. Das gestrige Abendblatt der officiellen Gazzetta macht bekannt: Die Regierung glaubt Garibaldi nicht in den E. Staaten belassen zu können; sie findet sich jedoch bewogen, ihn mit der größten Aufmerksamkeit zu behandeln und ihm die Reise nach jedem selbstbestimmten Orte im Auslande auf alle Weise zu erleichtern.

* **Rom, 5. Sept.** Aus dem Restaurationscabinet ist seit gestern Abend das letzte Provisorium mit dem Fürsten Pompeo Gabrielli verschwunden; an seine Stelle trat heute definitiv als päpstlicher Kriegsminister der Generalleutnant Principe Domenico Orsini. Ein Verwandter der Napoleoniden und auf der großen Weltbühne der Vergangenheit zum Militair gebildet, ist Gabrielli mit seinen entschieden conservativen Gesinnungen den Stimmführern in der päpstlichen Curie, dennoch viel zu liberal und hatte davon, wie in seiner früheren ähnlichen Stellung, so auch jetzt wieder Verdruß gehabt. Dies der wahre Grund seines Abtretens, nicht persönliche und Gesundheitsrück-sichten, wie man glauben machen will. Orsini ist eine dunkle militairische Celebrität, zählt aber unter allen römischen Nobili die meisten Ahnen. Das päpstliche Ministerium ist nun also vollständig; ein Ministerium ganz im Sinne der Cardinäle, die jetzt fast ausschließlich regieren, da Pius IX. geschwehen läßt. Um 8 Uhr Morgens besieg der Papst mit dem König von Neapel und dessen Familie eine bereits vorgestern im Hafen von Gaeta angelangte neapolitanische Corvette, die ihn unter Geleit mehrerer französischen und spanischen Kriegsdampfer nach Neapel hinüber trug. Der königliche Palast in Portici wird seine Wohnung sein. Die Römer des Papats wollen nicht begreifen, wie diese nun noch weitere Entfernung von seiner Residenz in der That und Wahrheit doch das Gegentheil, eine Annäherung an dieselbe ist. Sie fürchten, der königliche Wirth werde den Gast noch länger bei sich zu halten wissen. Eine gewiß unbegründete Furcht, da ihm die Wallfahrt nach Loreto mehr als alles Andere am Herzen liegt. Seit einigen Tagen machen nicht allein in Rom, sondern fast in allen Provinzen die ärgsten, von der geheimen Presse fabricirten Schmäh-schriften auf das sich wieder in den Vordergrund stellende liberale Regiment und seine gubernativen Verordnungen wieder die Kunde und rufen zu neuer Renitenz auf. Der Polizeiminister Monsignore Savelli erließ dagegen gestern ein Edict, welches die Druckereibesitzer des ganzen Landes mit ihren Arbeitern und Typen, ingleichen alle Lithographen unter eine bisher noch nicht vorgekommene strenge Polizeiaufsicht bringt. Auch für das Wiederaufkommen der seit zwei Monaten so gut wie ganz paralytirten ehrenhaften Publicistik ist diese neueste Repressivmaßregel ein gar schlechtes Augurium. Kein Blatt erscheint hier seitdem als das fade Giornale di Roma, das uns viel vom Wetter und von Schäden zu berichten pflegt, welche die Gewitter da und dort anrichteten, wäre es auch in Sicilien und Calabrien, doch nichts von den höchsten Interessen des Tags.

Die Vorfälle in Zagarolo (Nr. 257) haben wirklich die Expedition eines französischen Regiments dahin veranlaßt. Es hat dasselbe eine äußerliche Versöhnung zwischen den Einwohnern und der spanischen Besatzung erzielt.

Rom, 5. Sept. Die Bürgerwehr ist als abgeschafft zu betrachten, wiewol das betreffende Decret noch nicht erschienen ist. — Man spricht hier von einem zwischen dem Cabinet von Gaeta und Frankreich getroffenen Uebereinkommen, welchem zufolge der Kirchenstaat eine Staatsconsulta, ein weltliches Ministerium, Saccularbeamten und eine allgemeine Amnestie erhalten würde, von welcher letzteren jedoch die Mitglieder der Constituanten, die Triumvirn, die Clubvorsitzer etc. ausgeschlossen sein sollen. Die Armee würde, wie es heißt, auf 24,000 M. gebracht werden. (El.)

Frankreich.

Paris, 14. Sept.

Der viel besprochene Brief des Präsidenten (Nr. 254), der in Ermangelung anderer politischer Vorfälle dem Tagesgespräch immer noch zur Nahrung dienen muß, hat wieder zu einem neuen Zwischenfall Anlaß gegeben. General Randon, der den General Kossolan als Oberbefehlshaber über die Expeditionstruppen ersetzen sollte, wird höchst wahrscheinlich nicht nach Rom gehen, wie der Constitutionnel behauptet, weil der General protestantisch ist, wie Andere aber wissen wollen, weil General Changarnier gegen die Ernennung des Gedachten Einsprache erhoben hat. In beiden Fällen muß man es seltsam finden, daß das Ministerium nicht eher an das Glaubensbekenntniß des Ernannten oder an das Einspruchsrecht des Generals Changarnier gedacht hat. Das Ministerium scheint in dieser Angelegenheit alle Haltungen verloren zu haben. Im Fünfundzwanziger-Ausschuß versuchte die Linke durch die H. Bac und Lagrange sie zu einem Grunde zur frühern Einberufung der Nationalversammlung zu benutzen, fand aber mit ihrem Antrage keinen Anklang. Wenn übrigens der Brief des Präsidenten auch in der auswärtigen Politik ohne Folgen bleibt, so

hat er dafür das Gute, daß er die Aufmerksamkeit auf die abnorme Stellung lenkt, welche die Constitution des Hrn. Marrast dem Präsidenten eingeräumt hat. Das Journal des Debats sagt heute über diese Frage: Wir konnten noch nicht alle Wohlthaten der Republik. Unter andern Dingen scheinen wir auch die Umwandlung der constitutionellen Regierung in die persönliche gewonnen zu haben. Ein republikanisches Blatt ist heute sehr entrüstet darüber, daß einer der Minister öffentlich gegen eine von der Person, welche die Minister ernannt, ausgegangene Mittheilung protestirt hat, und sieht darin nichts Besseres als Hochverrath. Allerdings beschuldigen andere Organe der Republik dieselbe Person, alle constitutionellen Principien dadurch vor sich zu haben, daß sie in einer politischen Handlung ohne Mitwirkung der Minister die Initiative ergriffen. Wir müssen einfach bemerken, daß beide Parteien die Constitution ganz aus den Augen lassen. Unter der Tyrannei war der König unverantwortlich und immer durch seine Minister gebückt; unter einer republikanischen Verfassung ist der Präsident verantwortlich und die Minister sind es auch. Der Präsident hat also das Recht, öffentlich und officiell einen eignen Willen zu haben, und er wendet dieses Recht mit größerer oder geringerer Discretion an. Aber seine Minister sind ganz in derselben Lage und haben das Recht, die Verantwortlichkeit nur für die Handlungen, zu denen sie mitwirken, zu übernehmen. Wenn aus dieser doppelten Verantwortlichkeit Entwicklungen entstehen, so ist das weder die Schuld des Präsidenten noch der Minister, sondern die Schuld der Verfassung.

— Die Regierung hat seit längerer Zeit Differenzen mit Marokko wegen der Mishandlung eines französischen Unterthans, für welche hartnäckig Genugthuung verweigert wird. Um diese zu erlangen, wird jetzt in Toulon eine Expedition ausgerüstet, bestehend aus den Linienschiffen Friedland, Jena, Hercule und Inflexible, und den Dampfregatten Solombe, Descartes, Sacique, Montezuma und Tartare. Den Oberbefehl führt der Viceadmiral Parveval Deschènes. Die Expedition soll eine bewaffnete Demonstration gegen Tanger machen, bis Sultan Abderrhaman die verlangte Genugthuung gibt.

— Die Bank hat beschlossen, wieder wie früher Darlehen auf französische Staatseffecten von bestimmter oder unbestimmter Verfallzeit zu geben. Es ist auch wieder von neuen Unterhandlungen der Regierung mit der Bank wegen einer Anleihe von 100 Mill. die Rede. Die Bank will der Regierung 150 Mill. gegen Niederlegung auf 200 Mill. Inscriptionen vorschießen, deren Ausgabe auf bessere Zeiten verschoben werden soll.

— Die Eröffnung des Staatsgerichtshofs in Versailles ist jetzt auf den 10. Oct. festgesetzt.

— Die bisher bekannten Hauptactenstücke des Staatsprocesses zu Versailles sind: 1) der von 141 Montagnards unterzeichnete Antrag auf Verurtheilung Louis Bonapartes und seiner Minister in Anklagezustand; 2) der von F. Pyat verfaßte, von 127 Montagnards unterzeichnete und in den Journalen des Berges am 13. Juni enthaltene Aufruf an das französische Volk zur Vertheidigung der Verfassung, und 3) der von 123 Namen unterzeichnete Maueranschlag vom 13. Jun. 2 Uhr Nachmittags mit dem Rufe: Zu den Waffen!

— In Folge der Entdeckung der Merlé'schen Papiere (Nr. 258) werden sich die flüchtigen Teilnehmer an dem Attentat vom 13. Jun., die durch diese Papiere sehr compromittirt sind, nicht vor dem Staatsgerichtshof stellen, wie sie anfangs beabsichtigt haben sollen. Während der demnächst beginnenden Verhandlungen des Staatsgerichtshofs wird Versailles eine Garnison von 10,000 Mann erhalten. Unter den Vertheidigern der Angeklagten nennt man die vornehmsten Mitglieder des Berges, unter Andern die H. Bac, Coralli, Michel (v. Bourges), Grévy, Dupont (v. Buffac), Jules Faure, und Joly den Ältern.

— Die Berichte über die Verhandlungen der Generalconferenz liegen jetzt vollständig vor. Nur sechs haben sich für eine Revision der Verfassung ausgesprochen, und nur in einem, dem Girondedepartement, scheint man von der verfassungsmäßigen Frist absehen zu wollen, indem ein dieselbe erwähnender Antrag nicht Annahme fand.

Großbritannien.

London, 14. Sept.

Das Morning Chronicle bemerkt über die Unruhen auf **Rephalonia**: Die Hauptschwierigkeit einer gründlichen Pacification der Ionischen Inseln ist die Unmöglichkeit, das ihnen 1815 gegebene Versprechen, ihnen eine constitutionelle Regierung zu geben, einzulösen, denn die Bewohner des Archipels sind viel zu sehr demoralisirt, um nach constitutionellen Formen regiert werden zu können. Unter einer Reihe von venetianisch-russisch-türkischen und französischen Protectoren hat der Adel der Inseln sich Jahrhunderte lang jede Tyrannei straflos erlauben können. Natürlich nahm er mit Widerwillen die Gleichheit vor dem Gesetz auf, die England einfuhrte, und die der Masse, die bis dahin Missethaten und Excesse aller Art ungeahndet beging, außer wenn Rache oder Interesse eine Strafe nach sich zog,

nicht a
Mailta
gab ein
tion w
obercon
pels ni
Kufflan
Kufflan
schreib
pländer
Fehden
Mornin
sam, d
militair
ten suk
Englan
— E
neuen n

D
und Ge
Achselb
jewitsch!
jutant
inniger
unsere u
burg üb
Snen p
allerhöch
fühle me
Garbesta
zum Ser
Spaulett
als Reich
aufrichtig

D
3. Sept.
(Nr. 247
Am 26.
und Pri
ruhig ve
der Bez
Kluuz
12 Bata
600 Art
30. und
rückens
Verstärk
Insurgen
stärkung
auf Bih
ein Theil
den Bezi
und Bac
langt, de
Klotot u
hart an d
ten. Die
aufgehob
des linken
nehmen u
Gleich na
von Men
nach Bih
von Bih
der Una
der vezie

— Ueb
Maglum
heres. G
von mehr
Stoff zu
Geistlicher
Erzbisthu
dieser, zur
haupten s
nen Gunt
Priester b
Dörfern
werden;

nicht angenehmer war. Dennoch machte im Jahr 1817 Sir Thomas Maitland einen Versuch, das Versprechen Englands zu erfüllen, und gab eine Constitution, die aber nur der Form nach eine Constitution war, thatsächlich aber die Staatsgewalt in der Hand des Lord-Obercommissars ließ, weil sich die demoralisirten Bewohner des Archipels nicht anders regieren ließen. Jetzt ist der politische Zweck der Aufständischen ein Anschluß an Griechenland, die nächste Ursache des Aufstandes ist aber, wie Lord-Obercommissar Ward an die Regierung schreibt, eine vage politische Anfechtung, vermehrt durch den Hang zu plündern, und ein Wunsch, Gefühle persönlicher Rache, die durch locale Feinden erregt sind, zu befriedigen. Bei dieser Gelegenheit macht das Morning Chronicle auf die Kugelschichtigkeit der Ionischen Inseln aufmerksam, deren Besetzung jährlich 130,000 Pfd. kostet, während sie als militärischer Posten nicht ohne die Herrschaft über das Meer zu halten sind, und jeden Augenblick genommen werden können, so bald England diese Herrschaft verliert.

Der Standard erwähnt als Vorfengerücht den Abschluß einer neuen neapolitanischen Anleihe mit Rothschild.

Rußland und Polen.

Der Großfürst-Erthronfolger übersendete dem Generaladjutanten und General der Infanterie v. Lüders seine eignen Epaulettes und Achselbänder mit dem nachfolgenden Handschreiben: Alexander Nikolajewitsch! Mein von St. Maj. dem Kaiser zu Cw. Exc. abgesandeter Adjutant Gardestabsrittmeister Slezprow wird Ihnen mittheilen, mit welcher inniger Freude ich die Kunde vernahm von dem glänzenden Siege, den unsere unter Ihren Befehlen stehenden Truppen am 19. Jul. bei Schäßburg über den Feind erfochten. Besonders Vergnügen gewährt es mir, Ihnen zu dem erkämpften Sieg, wie nicht minder zu neuen Zeichen der allerhöchsten Gnade Sr. Maj. meine Glückwünsche darzubringen. Im Gefühl meiner aufrichtigsten Theilnahme trage ich meinem Adjutanten, dem Gardestabsrittmeister Slezprow, auf, Ihnen aus Anlaß Ihrer Ernennung zum Generaladjutanten Sr. kaiserl. Maj. in meinem Namen meine eignen Epaulettes und Achselbänder mit dem Wunsche zu übergeben, daß Sie solche als Zeichen meiner besondern Hochachtung tragen mögen. Ich verbleibe Ihr aufrichtig wohlmeinender Alexander. Warschau, am 29. Jul. 1849.

Türkei.

Die Agramer Zeitung berichtet von der bosnischen Grenze vom 3. Sept. über die Vorgänge in und um Bihacs seit 21. Aug. weiter. (Nr. 247.) Vom 21. bis 25. Aug. fiel nichts Bemerkenswerthes vor. Am 26. Aug. verstärkt ein starker Zuzug aus Maidan, Banjaluka und Pribor die Insurgenten um circa 1000 Mann, welche sich heute ruhig verhalten. Am 27. Aug. trifft die verlässliche Nachricht ein, daß der Bezir endlich heute aus Travnik aufbricht, und den Weg über Kluz und Petrawaz einschlagen soll. Die Nacht desselben soll aus 12 Bataillonen Infanterie, 8000 Ulanen, 12 Stück Kanonen nebst 600 Artilleristen und Trainsoldaten und etwas Cavalerie bestehen. Am 30. und 31. Aug. waren die Insurgenten noch immer wegen des Anrückens des Beziers in Ungewißheit. Kediç geht nach Belasena um Verstärkungen ab. Aus der Kraina langen fortwährend Scharen der Insurgenten an. Am 1. Sept. langte Kediç mit beinahe 1000 M. Verstärkung an, und des Nachts unternahm die Insurgenten einen Sturm auf Bihacs. Der Sturm wurde abgeschlagen. Am 2. Sept. zieht ein Theil der Insurgenten nebst einigen Rajas in das Gebirge, um den Bezir, welcher bereits gestern in Bukwaz (zwischen Petrowaz und Wacup) mit wie es heißt 30,000 Mann und 24 Kanonen angeht, den Weg zu verlegen und zogen sich dann sämmtlich am Ufer des Klokot und der Una gegen Brekowiza abwärts, wo sie im Una-Thale hart an den gegen Brekowiza und Turia sich erhebenden Bergen lagerten. Die Blockade der Festung Bihacs ist demnach von den Insurgenten aufgehoben, welche höchst wahrscheinlich den Zweck haben, hart am Gebirge des linken Una-Ufers eine zur Vertheidigung geeignete Stellung einzunehmen und sich nöthigenfalls den Rückzug in die Kraina zu sichern. Gleich nach Abzug der Insurgenten wimmelten die Wälle der Festung von Menschen, die Thore öffneten sich. Am 3. Sept. war die Passage nach Bihacs frei; die Insurgenten sind in ihrem über eine Stunde von Bihacs entfernten Lager rührig, bauen Koliben und werfen längs der Una Verschanzungen auf. Nachmittags langten die Quartiermacher der vezierlichen Truppen in Bihacs an.

Ueber eine Synode, welche unter dem Vorfige des Patriarchen Maglum in Jerusalem abgehalten wurde, weiß man nun etwas Näheres. Es wurden da mehre Dinge vom Patriarchen vorgebracht, die von mehr als der Hälfte der Bischöfe verworfen wurden und nun leicht Stoff zu Zwist zwischen dem Patriarchen, den Diöcesanen und den Geistlichen bieten können. Der Patriarch will, daß die Vorrechte des Erzbisthums Sur auf den Bischof von Aleppo übertragen würden und dieser, zum Erzbischof ernannt, die Priorität unter seinen Collegen behaupten sollte; der Patriarch schrieb ferner förmliche Steuern zu seinen Gunsten aus: jedes Kloster soll 50 Piafter zahlen (jährlich); die Priester bei Kirchen in großen Städten 20, in kleinen 10, Pfarrer in Dörfern 5; bei jeder Trauung sollen für ihn 10 Piafter eingehoben werden; bei Erbschaften sollen gewisse Procente für ihn bestimmt sein

und weltliche Beamte sollen sie einheben; ferner wollte er, daß das alte Seminar vom Libanon nach Jerusalem übertragen werde; die Zöglinge sollten sehr jung ins Seminar kommen, dort ihr Gelübde ablegen, die Weihen erhalten etc., die Nation aber für sie zahlen etc. Die Bischöfe von Sur, Sidon, Akko, Baalbek, Beirut und Hama wollten von allem nichts hören, doch ließen sie sich später zur Uebertragung des Seminars nach Jerusalem herbei, aber unter andern Bedingungen. Sehr junge Leute sollten nicht aufgenommen werden, sondern Diakonen, welche die Bischöfe zur weitem Ausbildung senden. Der Patriarch allein soll zwei schicken dürfen und diese Zahl nie überschritten werden. Die Zöglinge sollen das 20. Jahr erreicht haben. Realitäten sollten angekauft werden, um dem Seminar ein Einkommen zu verschaffen, ergäbe sich ein Deficit, so sollte dasselbe auf den Patriarchen und die Bischöfe vertheilt werden. (Wid.)

Ionische Inseln.

Der Aufstand auf Kephalonia (Nr. 253) hat seit den letzten Mittheilungen weiter um sich gegriffen. Am 2. Sept. brachte ein von dort in Korfu eingetroffenes Dampfboot die Nachricht, daß die anfänglich von dem Lord-Obercommissar getroffenen Maßnahmen die Aufständischen nicht im geringsten eingeschüchtert haben und die Zahl der dahin entsendeten Truppen zu gering war, um einen wirklichen Angriff gegen dieselben unternehmen zu können. Der Lord-Obercommissar begab sich daher in eigener Person mit Truppenverstärkung nach Kephalonia, wohin sich auf seinen Befehl auch die auf der Insel Zante verfügbaren Truppen begeben sollten. Das am 5. Sept. von Korfu in Korfu eingetroffene englische Postpaketboot fand, als es Kephalonia berührte, die Ruhe noch keineswegs hergestellt. Der Lord-Obercommissar wäre bald ums Leben gekommen, indem ein Soldat, der hart neben ihm stand, von einer Kugel tödtlich getroffen wurde. Das Standrecht ist in voller Wirksamkeit. Vier Insurgenten wurden am 4. Sept. durch den Strang und drei durch Pulver und Blei hingerichtet, und am folgenden Tage sollten andere fünf Todesurtheile vollstreckt werden. Ein Theil der vor Malta stationirten englischen Flotte ist auf dem Wege nach Kephalonia, und mehre Schiffe derselben sind schon in der Nähe dieser Insel. Man zweifelte daher nicht, daß es binnen wenigen Tagen gelingen werde, die Ruhe und Ordnung daselbst wieder herzustellen. (L.)

Handel und Industrie.

Amsterdamer Börse, 15. Sept. 2 1/2 p. Int. 54 5/8; 4 p. Cert. 85 1/2; Russl. 5 p. Hope 104 1/2.

Wiener Börse, 15. Sept. (Mittags 1 Uhr.) Bfact. 1218; Met. 5 p. 97 1/2; Nordb. 112 1/4; Blogg. 113; Mail. 83.

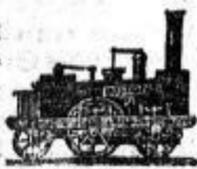
Leipziger Börse am 17. Sept. 1849.

Course	Anges.	Ge-	Staatspapiere,	Anges.	Ge-
im 14 - Thaler - Fuase.	boten.	sucht.	actien	boten.	sucht.
			exclus. Zinsen.		
Amsterdam	143.	—	Königl. Sachs. Staats-Papiere	—	84 1/2
pr. 250 Cl. fl.	22 Mt.	—	3% im 5 v. 1000 u. 500	—	—
Augsburg	102 1/2	—	14% P. 2 kleinere	—	98 1/2
pr. 100 Cl. fl.	22 Mt.	—	4% d. d. v. 500	—	103 1/2
Berlin pr. 100 Mk.	99 1/2	—	d. d. v. 500 u. 200 a 5%	—	—
pr. Cl.	22 Mt.	—	d. d. kleinere	—	—
Bremen pr. 100 Mk.	112 1/2	—	Kön. Sachs. Landrentenbriefe	—	92
Ladr. a 5 Mk.	22 Mt.	—	3 1/2% im 5 v. 1000 u. 500	—	—
Bresl. pr. 100 Mk.	99 1/2	—	14% P. 2 kleinere	—	—
pr. Cl.	22 Mt.	—	Act. d. L. S. - B. - R. - C. bis Mich.	—	89
Frankfurt a. M.	57	—	1855 a 4%, später a 3% v. 1000	—	—
pr. 100 Fl. in S. W.	22 Mt.	—	Königl. Preuss. Steuer - Credit	—	—
Hamburg	150 1/2	—	Kassenscheine	—	83
pr. 300 Mk. Bco.	22 Mt.	—	a 3% im 5 v. 1000 u. 500	—	—
London	6. 26 1/2	—	20 fl. F. 2 kleinere	—	—
pr. 1 Pfd. St.	3 Mt.	—	Leipziger Stadt - Obligationen	—	94
Paris pr. 300 Francs.	81 1/2	—	a 3% im 5 v. 1000 u. 500	—	—
Wien pr. 150 fl.	94 1/2	—	14% P. 2 kleinere	—	90
im 20 fl. - Fuase.	3 Mt.	—	Sachs. erbl. Pfandbr. a 3 1/2%	—	—
			v. 500	—	99 1/2
			v. 100 u. 25	—	—
			v. 100 u. 25	—	85
			.. lausitzer d. d. a 3 1/2%	—	95
			.. d. d. a 3 1/2%	—	99 1/2
			.. d. d. a 4%	—	—
			Leipz. - Dresdn. - Eisenb. P. - Obl.	—	104
			a 3 1/2%	—	—
Augustd. a 5 Mk. a 1/2 Mk.	—	—	Chemn. - Rics. Eisenbahn - Anleihe	—	—
Br. u. a 21 K. S. G. auf 100	—	—	a 40% a 4%	—	—
Pr. Friedrichsd'or a 5 Mk.	—	—	K. Preuss. St. - Schuld - Scheine	—	—
idem auf 100	—	—	a 3 1/2% in Pr. Cl. pr. 100	—	—
And. ausl. Louisd'or a	—	—	K. K. Oestr. Met. pr. 150 fl. Conv.	—	—
5 Mk. nach geringerm Aus-	—	—	a 4% laufende Zinsen	—	—
münz - Fuase . . . auf 100	—	12%	a 4 1/2% a 103% im 1 3/4% F.	—	—
Rais. russ. wicht. Imperials	—	—	a 3%	—	—
a 5 R. pr. Stück	—	5. 47 1/2	Actien d. W. B. pr. St. a 103%	—	—
Holl. Duc. a 3 Mk. auf 100	—	7 1/2	Leipziger Bank - Actien a 500 250	—	140
Kaisersl. d. d.	—	7 1/2	pr. 100	—	—
Bresl. d. d. a 65 1/4 As . . .	—	6 1/2	Leipz. - Dresdn. Eisenb. - Actien	—	104 1/2
Passir d. d. a 65 As . . .	—	6 1/4	a 500 100	—	—
Conv. - Spec. u. Gh.	—	—	Sachs. - Schles. d. d. pr. 100	—	84
idem 10 u. 20 Kr.	—	—	Löbau - Zitt. d. d. pr. 100	—	80
Gold pr. Mk. fehn Köln.	—	—	Magdeb. - Leipz. d. d. pr. 100	—	193
Silb. d. d.	—	—	Chemn. - Rics. z. Z. zinslos pr. 100	—	31

* I. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Dr. W. Kaiser.
Druck und Verlag von J. W. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.



Schweizerische Nordbahngesellschaft.

Die Herren Actionaire der Schweizerischen Nordbahngesellschaft werden hiermit eingeladen, sich

Donnerstag den 11. October d. J.

zu einer ordentlichen Generalversammlung in Zürich einzufinden, um die durch §. 29 a, b u. c der Statuten festgesetzten Geschäfte vorzunehmen und einen Antrag über Abänderung des §. 13 der Statuten zu beraten. In letzterer Beziehung werden die Herren Actionaire auf die letzte Abtheilung des §. 29 aufmerksam gemacht.

Die Verhandlungen beginnen Morgens um 10 Uhr im **alten Schützenhause**. Jeder Actionair, der daran theilzunehmen wünscht, muß sich an einem der vorhergehenden drei Tage (8., 9. u. 10. October) auf dem Bureau der Direction in die hierfür bereit liegenden Listen einschreiben lassen, und zwar unter Vorweisung der **Interimsactien**, die ihm angehören, sowie derjenigen, die er zugleich zu vertreten beauftragt wäre. Statt der letztern kann auch ein von einem der nachstehenden Bankiers ausgefertigtes Attestat eingereicht werden, durch welches die Besitzer der nach Nummern zu bezeichnenden **Interimsactien**, sowie die Namen der stellvertretenden Actionaire angegeben werden.

Namen der Bankiers:

- In **Wien** Herr **v. Wertheimstein sel. Sohn.**
- In **Leipzig** die Herren **C. Hirzel & Co.**
- In **Frankfurt a. M.** die Herren **B. Metzler sel. Sohn & Cons.**
- In **Mugsburg** die Herren **Erzberger & Söhne.**
- In **Mannheim** die Herren **W. H. Ladenburg & Söhne.**
- In **Paris** Herr **Auguste Basser.**
- In **Mailand** die Herren **Tealdo Reymond & Co.**

Zürich, den 21. August 1849.

Die Direction der Schweizerischen Nordbahngesellschaft.

M. Escher-Hess, Präsident.
M. Esslinger, Mitglied der Direction.

[2595-96]

Leipzig, in der **Sohn'schen** Verlagsbuchhandlung ist soeben erschienen und an alle Buchhandlungen versandt:

Elf Bücher

Deutscher Dichtung.

Von **Sebastian Brant (1500)** bis auf die Gegenwart.

Aus den Quellen.

Mit biographisch-literarischen Einleitungen und mit Abweichungen der ersten Drucke gesammelt und herausgegeben von

Karl Gödke.

In zwei Abtheilungen, 90 Bogen groß Lexikon-Octav. Mit gespalteten Columnen. Geh. Preis 2 1/2 Thlr.

Der Zeitraum der deutschen Literatur von Sebastian Brant bis auf die Gegenwart erscheint hier zum ersten Mal in einer umfassenden charakteristischen Auswahl, die durchgängig unmittelbar aus den Quellen entnommen ist.

Dieses Werk echt deutschen Geistes, reichhaltig wie kein anderes dieses Faches, da es etwa 170,000 Bergellen enthält, gewährt, abgesehen von dem wissenschaftlichen Interesse, eine so ausgesuchte Lecture, daß es in keinem Hause, in keiner Privatbibliothek, wo der deutschen Dichtung eine Stätte gegönnt wird, fehlen kann, und die darin besolgte Methode, sowohl in Bezug auf die Wahl der Stücke als in Bezug auf die Anordnung derselben, bietet für Lehrer und Schüler ein so vorzügliches **Handbuch der deutschen Literatur der letzten viertheilshundert Jahre**, daß wir dasselbe zur Einführung in Schulen nicht besonders zu empfehlen brauchen, denen überdies die Anschaffung dadurch erleichtert wird, daß jeder der beiden Bände à 1 1/2 Thlr. auch einzeln veräußert ist.

Die Verlagsbuchhandlung hat durch ökonomischen, aber eleganten Druck und durch den überaus billigen Preis von 2 1/2 Thaler für 90 Bogen oder 1440 Seiten des größten Lexikon-Octavs die Verbreitung des Werkes in den weitesten Kreisen deutscher Bildung zu befördern gesucht; denn bei gewöhnlichem Druck hätte der Umfang des Ganzen ungefähr 10 Octav-Bände und der Preis 10 bis 12 Thaler betragen.

Soeben ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Protestantismus

nach seiner geschichtlichen [Entstehung, Begründung und Fortbildung.]

[Von]

F. A. Holzhausen.

[Zweiter] Band:]

Die geschichtliche Begründung des Protestantismus.

Gr. 8. Geh. 4 Thlr. 15 Ngr.

Dieser Band enthält die Geschichte der Reformation in Deutschland, der Schweiz, den Niederlanden, Schottland, England, Dänemark und Schweden, und verfolgt, während er die Begründung des protestantischen Princips in diesen Ländern darstellt, den Zweck, den Einfluss des religiösen Elements auf die Bildung des Nationalcharakters in das Licht zu setzen, unter dem Standpunkte, daß die deutsche Nation, von welcher die Reformation ausgegangen ist, durch die sittliche Gestaltung ihrer Volkshäufigkeit an die Spitze des neuern Europa zu treten berufen ist. — Der erste Band dieses Werkes erschien 1846 und kostet 2 Thlr., der dritte Band bildet den Schluss und wird im nächsten Jahre herauskommen.

Leipzig, im September 1849.

[2598]

F. W. Brockhaus.

Schulbücher.

Bei **Herrn Fritzsche** in Leipzig erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben:

Albrecht, A., Der neue Deutsch-Französisch. Brosch. 10 Ngr.

Deffen italienisch-deutscher Sprachschatz. Geh. 10 Ngr.

Choix du théâtre français classique, 4 vol. in 1 Bd. Cart. 20 Ngr. (Enth. L'avare par Molière, Le Cid par Corneille, Le bourgeois gentilhomme par Molière, Phèdre par Racine.) Preis jedes einzelnen Stückes brosch. auf Schreibpapier 7 1/2 Ngr.

Eberhard's Lehr- und Lesebuch. 3. Aufl. Geh. 10 Ngr.

Wahrscheinlich Fabeln nach Hesop. Deutsch, franz. u. englisch. Steif brosch. 10 Ngr.

Dr. M. W. Fritzsche's deutsch-lat. Uebersetzungsbuch. 2 Theile in 1 Bd. Brosch. 20 Ngr.

Deffen Uebersicht der allgem. Geschichte. Steif brosch. 5 Ngr.

Wörterbuch für den ersten Unterricht im Französischen. 1r Theil: Abécédairio français von **G. W. Eberhard.** 3. Aufl. Geh. 7 1/2 Ngr. — 2r Theil: Les jeunes enfants, cont. fables, poésies etc. Brosch. 7 1/2 Ngr.

Opfer der Andacht in Gefängen (f. d. Jugend). Geh. 7 1/2 Ngr.

Phädrus, mit Anmerkungen von **Ramshorn.** Brosch. 1 Thlr.

Ebenfalls selbst erschien:

Das Corpsleben und seine heutige Stellung zur Hochschule. Von **H. Raveug.** 2. Auflage. Geh. 5 Ngr.

Die geregelten Leibesübungen der Kinder. Ein Büchlein für Eltern, Lehrer und Erziehler. Von **Dr. Gust. Rasmus.** 2. Ausg. Geh. 5 Ngr.

Ein Wort über die Einführung geregelter Leibesübungen der Kinder. Von **Prof. Dr. Werner** in Dessau. Geh. 3 Ngr.

Theater der Stadt Leipzig.

Dienstag, 18. Sept. **Martha**, oder: **Der Markt zu Richmond**, Oper in 4 Acten, Musik von **Flotow.**

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Obergerichtsassessor **Bernhard Döhner** in Perleberg mit Frä. **Ida Konneberger** in Treuen. — Hr. **Wilh. Göpfer** in Magdeburg mit Frä. **Lulise Schirmer.** — Hr. **Hermann Rake** in Glauchau mit Frä. **Charlotte Loffow** in Ganau. — Hr. **Rittergutspächter Rudolf Steiger** in Preititz mit Frä. **Henr. Jenker** in Waisfche.

Getraut: Hr. **Franz Friedrich** in Leipzig mit Frä. **Marie Winkler.** — Hr. **Giesbert v. Griesheim** in Potsdam mit Frä. **Ida Haberlorn.** — Hr. **Wolff Janicaud** in Eßterwerda mit Frä. **Clara Sachse.** — Hr. **Mathias Kamps** in Aldekerk mit Frä. **Marie Agnes Schöyges** aus Breyoss. — Hr. **Premierlieutenant Reinhard v. Westrem** in Berlin mit Frä. **Emilie Dittbauer.** — Hr. **Dr. Karl Wolff** in Berlin mit Frä. **Emilie Hirschberg.**

Geboren: Hr. **C. Bergemann** in Raduhn ein Sohn. — Hr. **Ernst Jelin** Claus in Chemnitz eine Tochter. — Hr. **Adv. Dr. Wilh. Meißner** in Dresden ein Sohn. — Hr. **Pfarrer C. G. Schaar** Schmidt in Schönbrunn eine Tochter. — Hr. **Hauptmann v. Strampff** in Berlin ein Sohn. — Hr. **Otto Sühmlich** in Leipzig ein Sohn.

Gestorben: Hr. **Prediger Arndt** in Bangleben. — Hr. **Lehrer Ant. Jos. Brewer** in Rößn. — Hr. **Gymnasiallehrer S. Bode** in Groß-Salze. — **Frau Karoline Carlus** in Zeitz. — Hr. **Rector G. Ernst** in Demmin. — Hr. **Stadtschreiber F. Ernst** in Demmin. — **Frau Sanitätsrath Friederike Herbst** in Calbe. — Hr. **Joh. v. Kamp** in Ruhort. — Hr. **Privatier Johann Georg Knauer** in Nürnberg. — Hr. **Kaufmann Christoph Friedr. Koch** in Magdeburg. — Hr. **Dr. C. G. Labbe** in Berlin. — Hr. **Münzdirigent Professor Dr. Heinr. Müller** in Barmbrunn. — **Frau Elisabeth Rink** in Reichenstein. — Hr. **Malers Gottfr. Wilh. Thémér** in Rößn. — **Frau Joh. Sophie Wagner** in Dresden.